

ARBEITSGRUPPE
 "HISTORISCHE STANDORTSBESTIMMUNG"

VERTRAULICH

Unter Verschluss zu halten oder nach Kenntnisnahme an das Sekretariat der Arbeitsgruppe "Historische Standortbestimmung", Handelsabteilung, Bundeshaus-Ost, 3003 Bern, zurückzusenden.

Exemplar Nr. 076

P r o t o k o l l

der Sitzung vom 15. November 1969

Thema: Europa nach de Gaulle

Anwesende Mitglieder: Herren Botschafter A. Weitnauer, Vorsitz
 Prof. E. Böhler
 a.Nationalrat Dr. W. Bretscher
 Nationalrat Prof. P. Dürrenmatt
 Prof. J. Freymond
 Nationalrat Dr. P. Freymond
 Nationalrat Prof. W. Hofer
 Prof. H. Lüthy
 Botschafter P. Ruegger
 Botschafter M. Troendle
 a.Bundesrat Prof. F.T. Wahlen

Abwesende Mitglieder:
 Prof. E. Bonjour
 Nationalrat Dr. R. Broger
 Nationalrat P. Graber
 Nationalrat Prof. O. Reverdin
 Prof. J.R. von Salis
 Minister P. von Salis
 Oberstkorpskdt. E. Uhlmann
 Nationalrat Prof. M. Weber

Andere Teilnehmer:
 Botschafter P. Jolles
 Botschafter A. Grübel
 Botschafter R. Probst
 Minister M. Gelzer
 Dr. K. Jacobi

Protokoll:
 Dr. S. Arioli
 Dr. G. Hentsch
 E. Schurtenberger lic.phil et rer.pol.

- 2 -

Beginn der Sitzung: 10.30 Uhr

Der Vorsitzende:

Es ist mir eine traurige Pflicht, zur Eröffnung der heutigen Sitzung des verstorbenen Mitgliedes unserer Arbeitsgruppe, Herrn Prof. Guido Calgari zu gedenken. In den drei Jahren, in denen der Verstorbene unserem Kreis angehörte, hat er die italienische Schweiz in eindrucklicher Weise vertreten. Er war ein Mann von staunenswerter Bildung, wofür u.a. seine "Storia delle quattro letterature della Svizzera" in bleibender Weise Zeugnis ablegt. Seine Auffassungen waren von einem solchen Enthusiasmus und von so hohen Idealen getragen, dass er ungeachtet seines Alters als ein Vertreter der Jugend erschien. Es war ihm dabei ein aufrichtiger Schwung zu eigen, der ihm Glaubwürdigkeit verlieh. Wir werden ihn in unserem Kreise sehr vermissen. (Die Anwesenden erheben sich zu Ehren des Verstorbenen).

Mit Bedauern habe ich Ihnen ferner davon Kenntnis zu geben, dass Herr Minister von Salis glaubt, unserer Kommission lange genug angehört zu haben. Seine Interventionen waren meist kurz, aber prägnant und eindrucklich. Ich habe ihm auch in Ihrem Namen mein Bedauern über seinen Entschluss ausgedrückt und ihn eingeladen, an unseren Sitzungen teilzunehmen, wann immer er dies zu tun wünscht.

Ich habe die Ehre, als neues Mitglied Herrn Nationalrat Freymond zu begrüßen. Seine Person wird eine grosse Bereicherung unserer Sitzungen sein und ich hoffe, dass er sich unter uns wohlfühlen werde.

Es folgt das Referat des Vorsitzenden über das Thema "Europa nach de Gaulle" (siehe Beilage).

Diskussion:Professor Dürrenmatt:

Es ist nicht einfach, nach einem so umfassenden Referat das Wort zu ergreifen. Um die Diskussion in Gang zu bringen, möchte ich unter vier Gesichtspunkten einige Gedanken zur gegenwärtigen Situation vortragen:

Die Politik des Generals war massgeblich bestimmt von der Idee, aus Europa unter französischer Führung eine dritte, oder genauer ein vierte Kraft zu machen. Er glaubte an die Möglichkeit einer Politik, mit der Europa aus seiner Objektstellung gelöst und wieder ins Spiel gebracht werden könnte. Seine Reisen nach Ost-Europa sind in dieser Hinsicht kennzeichnend. Ebenso die Versuche im Nahen Osten als Vermittler aufzutreten, obschon er sich die Grundlage für eine solche Rolle selbst zerstörte. Auch in Vietnam wollte er bekanntlich seinen Einfluss zur Geltung bringen. Diese Politik war fatal, denn sie beruhte auf einer Ueberschätzung der Machtmittel, die ihr zur Verfügung standen. Die Sowjetunion hat sich jedenfalls von der atomaren Schlagkraft Frankreichs nie beeindrucken lassen. Andererseits aber hat die Politik des Generals in der Bundesrepublik die Hinwendung zum Nationalismus gefördert, indem sie den Deutschen ihre frühere Stellung in der Mitte zwischen dem slawischen und dem romanischen Europa wieder zum Bewusstsein brachte. De Gaulle hat zur Erreichung seiner Ziele Mittel eingesetzt, die das Gegenteil von dem bewirkt haben, was er wollte.

Das vitale Interesse der drei Grossmächte geht dahin, zu verhindern, dass sich zwei unter ihnen gegen den Dritten verbinden. Die Sowjetunion ist daher bestrebt, die wirtschaftlichen Beziehungen mit Westeuropa, und zwar vor allem mit

der Bundesrepublik, zu verstärken, aber sie ist nicht bereit, irgendwelche politischen Konzessionen zu gewähren. Sie will sich das wirtschaftliche Potential Europas nach Möglichkeit zunutze machen und gleichzeitig die Sicherheit schaffen, dass Europa militärisch nicht gegen den Osten eingesetzt werden kann.

In Anbetracht dieses Verhältnisses unter den Grossmächten entbehren die Visionen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften von einer Realisierung der politischen Ziele des EWG-Vertrages jeder Realität. Die Kommission wird sich an das Wort de Gaulles erinnern müssen, dass keine Nation, die etwas auf sich hält, sich von einem Aeropag in Brüssel werde regieren lassen. Für die Schweiz scheint es mir unter diesen Umständen richtig zu sein, auch weiterhin auf den Aufbau von Beziehungen zwischen der EFTA und der EWG, d.h. auf den Brückenschlag hinzuwirken. Ich glaube nicht an die Realität der politischen Integrationsbestrebungen und wir werden uns über die Entwicklung in dieser Hinsicht nicht allzu viel Sorgen machen müssen. Soweit sich die Frage einer politischen Koordination stellt, ist der Europarat in Strassburg das geeignete Gremium, um unseren Einfluss geltend zu machen.

a. Nationalrat Bretscher:

Ich beschränke mich auf einige Randbemerkungen zu dem ausgezeichneten Referat des Herrn Präsidenten. Von besonderem Interesse erscheint mir, wie er es verstanden hat, zwischen den Wirkungen der Politik de Gaulles selbst und den blossen Schattenwirkungen seiner Person zu unterscheiden.

Das Erstarken des Nationalismus in Europa hat seinen Grund nicht nur im Abflauen des kalten Krieges. Es zeichnet sich darin vielmehr ein erneuter Ausschlag des Pendels der Geschichte in der Gegenrichtung ab, wie wir ihn immer wieder verzeichnen können. Es hat sich erwiesen, dass die politische Einigung durch die Wirtschaft nicht zu erreichen ist. Die Integration der Wirtschaft allein kann kein Gemeinschaftsbewusstsein erzeugen. Nicht einmal eine perfekte Wirtschaftsunion dürfte bei der herrschenden Verschiedenheit der Denkweisen und Lebensformen der Völker realisierbar sein. Wir müssen das Wiederaufleben des Nationalismus in seinen gesunden und ungesunden Erscheinungsformen hinnehmen. Ich habe deshalb das Gefühl, dass die Kommission mit ihrem sehr schönen Dokument zur Erweiterungsfrage auf verlorenem Posten steht. In Anbetracht der nationalistischen Tendenz der Mitgliedstaaten ist auch die von der Kommission gegenüber den Drittstaaten mit dem Hinweis auf die "finalités politiques" eingenommene Haltung unrealistisch. Es ist bemerkenswert, wie im Gespräch viele Leute, die bisher de Gaulle die Schuld für das Scheitern der politischen Einigung gaben, eingestehen, dass sie die Realisierbarkeit einer gemeinschaftlichen Politik abgeschrieben haben und auf den Fouchet-Plan zurückkommen.

Die Aufnahme Grossbritanniens in die EWG wird noch einige Zeit auf sich warten lassen. Der Beitritt anderer europäischer Staaten scheint mir rascher zu vollziehen sein, und ich möchte sogar die Behauptung wagen, dass die Schweiz vielleicht noch vorher ein Arrangement zu finden vermöchte. Wir können Vertrauen haben, dass die Vertreter unseres Landes - auch nach dem bevorstehenden Wechsel in der Leitung des Politischen und des Volkswirtschafts-Departements - unsere Position zu wahren wissen werden.

Professeur Freymond:

Le but principal de notre groupe est de nous provoquer les uns les autres à la réflexion; et l'exposé de M. l'Ambassadeur Weitnauer nous a tous stimulés. En l'écoutant, je me disais que nous nous accoutumons de plus en plus au fait que l'Europe n'a plus, ne peut plus jouer de rôle mondial pour longtemps. Par conséquent, la Commission du Marché Commun et son idéologie, sa doctrine sont dépassées; elles ne nous intéressent plus vraiment, car il n'y a pas de réalité derrière. Ce n'est pas en "créant l'Europe" que l'on amènera notre continent à jouer un rôle; c'est impossible. Mais je soupçonne que justement, à Bruxelles, les partisans de l'intégration européenne ne sont pas encore convaincus de leur erreur et ne se rendent pas compte que ce n'est pas en construisant une forme institutionnelle que l'on créera une véritable force politique. Ils n'ont pas encore accepté de constater l'évidence, à savoir que les forces centrifuges l'emportent encore de beaucoup sur les tendances centripètes. C'est pourquoi leurs plans politiques, au fond, ont depuis longtemps cessé de nous intéresser.

La preuve, c'est que la Suisse n'est guère effrayée, à vous en croire, par les développements dont nous sommes aujourd'hui les témoins sur la scène de l'intégration économique. Nous n'avons pas aujourd'hui de ces impressions de demi-panique qui ont de temps en temps saisi la Suisse, comme par exemple lorsqu'on a cru avoir pour jamais manqué le "virage électronique" ou constaté notre retard croissant dans le domaine des "computers"; ces paniques, nous les avons rapidement surmontées car elles étaient assez aiguës pour provoquer des réactions décisives. Aujourd'hui, le problème commercial est pour la Suisse simplement de savoir jusqu'où elle peut accepter la discrimination, et d'agir en conséquence. Si c'est là notre position, elle me paraît, étant donné les circonstances, toujours valable.

En vérité, nous avons d'autres problèmes en commun avec la France, l'Allemagne, l'Italie, bref avec l'Europe occidentale: ce sont les problèmes de la "grande société" pour employer une expression du Président Johnson. Voilà les problèmes à résoudre et pour lesquels le Marché Commun ne nous donne nullement le sentiment d'être nécessaire!

Nous devons moderniser nos équipements dans tous les domaines; nous avons à répondre à la jeunesse qui refuse la société technocrate, à sauver nos sociétés politiques de la désintégration, à faire respecter l'état de droit, - bref autant de problèmes intérieurs dont les solutions ne sont pas à Bruxelles. Au contraire il s'agit là de défis auxquels il faut faire face ville par ville, canton par canton, car c'est d'abord à l'échelle locale qu'ils sont menaçants. Tels sont, à mon avis, les problèmes que l'Occident doit résoudre en priorité.

Quant à la politique extérieure, elle resterait pendant ce temps au second plan et l'affaire de décisions souples, chacun s'occupant d'abord de ne pas être un trouble pour autrui; ce serait déjà beaucoup. Si nos élites pouvaient être persuadées de l'urgence de ces réalités toutes proches, nous serions bientôt délivrés de ces mythes tel que celui de l'Europe, qui ne sont finalement que des alibis, des évasions loin des réalités.

Ce n'est qu'une fois résolus ces problèmes d'hygiène politique interne que nous pourrions nous mettre à la recherche d'une union européenne et conjuguer nos destins nationaux.

Botschafter Jolles

Gestatten Sie mir, dass ich anknüpfe an die Ausführungen von Herrn Nationalrat Dürrenmatt zur Haltung der Schweiz in der Situation, die der Präsident in seinem Referat so meisterhaft dargestellt hat. Wir müssen von der Annahme ausgehen, dass die Gipfelkonferenz die Erweiterungsfrage aufrollen wird. Die Vorbehalte, die zur Behandlung dieser Frage in Anbetracht der britischen und der französischen Haltung zu machen sind, werden nicht stark genug sein, um die Einleitung des Erweiterungsverfahrens zu verhindern.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die neue französische Regierung erklärt hat, die gaullistische Politik fortsetzen zu wollen. Die internen Schwierigkeiten sind derart, dass diese Regierung einer verbreiterten Basis bedarf. Das wird ihre Manövrierfähigkeit in der Aussenpolitik herabsetzen. Zudem könnte die Tendenz der deutschen Regierung zu einer vermehrt selbständigen Aussenpolitik den Franzosen Anlass geben, heute in einem Beitritt Grossbritanniens zur EWG einen Vorteil zu sehen, indem dadurch einer deutschen Vormachtsstellung vorgebeugt würde.

Was die britische Haltung angeht, so ist frappierend, dass die wirtschaftlichen Folgen eines Beitritts zur EWG nüchterner erwogen und eher negativ bewertet werden. Diese Betrachtungsweise hat aber keinen Einfluss auf die politischen Zielsetzungen der Briten. Diese behalten ihren Vorrang und sprechen für den Beitritt, selbst wenn die Analyse der wirtschaftlichen Konsequenzen für Grossbritannien überwiegend Nachteile ergeben würde.

Auch die Hürde des "achèvement" der EWG wird voraussichtlich - wenn auch unter sehr grossen Schwierigkeiten - genommen

- 9 -

werden. Die Gipfelkonferenz, die auf französische Veranlassung stattfindet, wird deshalb sowohl in der Frage der Vertiefung als auch der Erweiterung zu einer Absichtserklärung führen und sie wird wahrscheinlich einen Grundsatzbeschluss über die Aufnahme von Verhandlungen fassen. Obschon noch kein Datum festgesetzt werden dürfte, kann vermutet werden, dass diese im Frühling oder Sommer des nächsten Jahres beginnen könnten. Ueber ihren Erfolg bin ich allerdings ebenso skeptisch wie Herr Botschafter Weitnauer.

Wie verhalten wir uns in dieser Situation? Wirtschaftlich besteht kein zwingender Anlass, uns von allem Anfang an an den Verhandlungen zu beteiligen. Wir könnten deshalb vorläufig einfach zuwarten. Wir können aber auch versuchen, von Anfang an zum Gespräch zugelassen zu werden.

In der Bundesverwaltung wird diese zweite Variante für richtig gehalten, und zwar aus folgenden Gründen: Im Innern könnte es zu Beunruhigung Anlass geben, wenn wir den Eindruck erwecken würden, wir wollten abseits stehen. Nach aussen können wir nicht auf der Notwendigkeit einer Gesamtlösung unter Aufrechterhaltung der EFTA-Zollfreiheit bestehen, ohne gleichzeitig zur baldigen Aufnahme von Gesprächen bereit zu sein. Wir sollten zudem bestrebt sein, im grösstmöglichen Umfang unsere Mitsprachemöglichkeiten zu wahren. Schweden und Oesterreich werden vermutlich von Anfang an aktiv vorgehen. Schweden erwägt bekanntlich selbst einen Vollbeitritt. Oesterreich steht diese Möglichkeit aus neutralitätspolitischen Gründen nicht offen und es wird wohl eher einen minimalistischen Kurs verfolgen. Die Regelung des Verhältnisses der EWG sowohl mit Schweden als auch mit Oesterreich

- 10 -

könnte zu einem Präzedenzfall für die Gestaltung der Beziehungen mit der Schweiz werden, wenn wir uns nicht rechtzeitig ins Gespräch einschalten.

Diese Ausrichtung der schweizerischen Integrationspolitik auf eine Gesamtlösung hat an der letzten Tagung der EFTA-Minister in Genf einmal mehr zum Konflikt mit den Briten geführt. Grossbritannien glaubt sich seinen Weg zur EWG am besten dadurch öffnen zu können, dass die andern EFTA-Staaten vorderhand "abgehängt" werden. Die Diskussion um die Gesamtlösung kommt ihm deshalb sehr ungeliegt, da sie die Komplexität der Erweiterungsfrage nur noch vermehren würde. Selbstverständlich ist das Begehren, in baldige Gespräche mit der EWG eintreten zu können, mit dem Risiko verbunden, zu einer Stellungnahme über die von der Schweiz angestrebte Lösung aufgefordert zu werden. Gerade das müssen wir aber möglichst lange hinauszuschieben suchen, weil unsere Probleme zu zahlreich sind und abgewartet werden muss, ob die weitere Entwicklung eine Lösung erleichtern könnte. Diese Zurückhaltung kann jedoch durchaus begründet werden, solange die "finalités politiques" seitens der EG weiterhin betont, aber nicht näher definiert werden und solange auch die Frage der Ausgestaltung der Wirtschaftsunion und der für die Zusammenarbeit auf den einzelnen Sektoren sich durchsetzenden Methoden (zwischenstaatlich oder supranational) noch offen bleibt.

Ich wäre froh, wenn Sie sich zu diesen vor allem für die Verhandlungstaktik der nächsten Zeit angestellten Ueberlegungen äussern könnten.

Botschafter Ruegger:

Das Referat des Herrn Präsidenten war so umfassend, dass auch ich mich auf einige Randbemerkungen im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Direktor Jolles beschränken muss. Ich bin meinerseits überzeugt, dass der integrationspolitische Schwung Grossbritanniens nicht mehr aufzuhalten ist, auch wenn sich in beiden Parteien vermehrt Zweifler an der wirtschaftlichen Vorteilhaftigkeit eines EWG-Beitritts zum Wort melden. Auf lange Sicht wird eine Nahverbindung Grossbritanniens mit der EWG auch für uns von Vorteil sein, denn dadurch wird die EWG flexibler, d.h. mehr pragmatisch, weniger technokratisch und doktrinär. Zudem würde dadurch die europäische Sicherheit in einer Weise gestärkt, die für alle Länder Europas, insbesondere auch für die Schweiz wertvoll wäre.

Ich halte es für durchaus richtig, dass wir uns möglichst frühzeitig in die kommenden Gespräche einzuschalten versuchen. Wir befinden uns nach wie vor in einer guten Verhandlungsposition, denn unsere Neutralität, deren Wert für alle stets zu unterstreichen ist, bleibt hoffentlich auch anerkanntermassen für alle von Vorteil, während die EWG ihrerseits sich noch in einer Phase der Verlegenheit über die Formulierung ihrer "finalités politiques" befindet.

Herr Botschafter Weitnauer hat dargelegt, welche enorme Rolle die Ressentiments in der Politik spielen. Gerade in der Person de Gaulles sind sie einem grossen Ausmass zur Wirksamkeit gelangt. Die zahlreichen Demütigungen, die ihm während der Kriegszeit zuteil geworden sind, hat er nicht vergessen und sie sind in seiner späteren Politik noch mitbestimmend gewesen. Musste er sich doch beispielsweise von Churchill in dessen bekanntlich

- 12 -

merkwürdigen Französisch sagen lassen:

"Sie vous voulez m'obstruer (sic), moi je vais vous liquider."

Welches auch dauernd das Gewicht politischer Ressentiments sein möge, frage ich mich, ob nicht die Formel des Generals von der "Europe des patries" für uns ein wünschenswertes Integrationskonzept darstellt.

Auch die Ueberlegungen von Herrn Freymond sprechen für die Erweiterung der EWG, denn diese kann dazu beitragen, dass Europa aus seiner Objektstellung in der Grossmachtpolitik herauskommt.

Professor Dürrenmatt:

Ich bin mit dem Verhandlungskonzept, das Herr Direktor Jolles entwickelt hat, einverstanden. Ich möchte an seine Darlegungen nur zwei Fragen anschliessen:

- Für die Erweiterung ist die Regelung des Agrarmarktes das zentrale Problem. Ich sehe nicht, wie Grossbritannien sich mit den Verpflichtungen abfinden kann, die sich aus einer Ausdehnung der geltenden Regelung auf sein Gebiet ergeben würden. Auch ein Beitritt Dänemarks wird zu Interessenkollisionen führen.
- Für uns liegt eines der Hauptprobleme in der Supranationalität der EWG. Wird nicht Frankreich die Gelegenheit benützen, über den Weg der Erweiterung die Supranationalität abzubauen?

a. Nationalrat Bretscher:

Niemand wird für eine Politik des Zuwartens sein. Ich sehe die Gründe für eine möglichst frühzeitige Aktivität weniger in der Innenpolitik als in sachlichen Gegebenheiten. Wir besitzen wirtschaftlich eine gute Ausgangsposition, und dank den Bemühungen der hier anwesenden Vertreter unseres Landes sind unsere Beziehungen zur EWG sehr gut. Diese Vorteile sollten wir ausnützen. Einer wirtschaftlich konzipierten Erweiterung könnten wir uns unter Umständen anschliessen, das heisst sofern sie nicht allzu stark in unsere Staatsstruktur eingreift und unsere Neutralität nicht berührt wird.

a. Bundesrat Wahlen:

Ich glaube nicht, dass die Verhandlungen sehr rasch in Gang kommen werden. Es ist aber unsere Pflicht, uns ständig bereit zu halten. Es stellt sich deshalb die Frage, ob nicht die Arbeitsgruppen, die der Bundesrat im Jahre 1961 zum Studium der Frage einer Beteiligung eingesetzt hat, wieder reaktiviert werden sollten. Abgesehen davon liegt die wichtigste Vorbereitung darin, unsere wirtschaftliche Gesundheit zu erhalten.

In dieser Hinsicht erfüllt mich die gegenwärtige Entwicklung mit grosser Sorge. Der Grund dafür liegt einerseits in der Fremdarbeiterfrage. Wenn man an die im Gange befindlichen umfangreichen industriellen Neu- und Erweiterungsbauten denkt, so wird klar, dass viele Industrielle auf eine vermehrte Zulassung von Fremdarbeitern drängen. Die grosse Zahl der bereits vorhandenen Ausländer schafft aber eine Stimmung, die der Initiative Schwarzenbach günstig ist. Mit Schrecken musste ich an unserem letzten Parteitag feststellen, dass dieser Initiative auch vernünftige Leute gewogen sind, da sie

eine stärkere Einschränkung für notwendig halten und der Bundesrat ja keinen Gegenvorschlag vorgelegt hat. Ich bin deshalb Herrn Direktor Grübel sehr dankbar, dass er eine neue Konzeption ausgearbeitet hat. Neben der **Fremdarbeiterfrage**, ist es die zunehmende Inflationsgefahr, die Anlass zu grösster Besorgnis gibt. Es ist mir beispielsweise kürzlich zur Kenntnis gekommen, dass in einer Vorortsgemeinde für in der Landwirtschaftszone liegendes Land Fr. 75.-- pro m² bezahlt wurde, obwohl der landwirtschaftliche Ertragswert bei ungefähr Fr. 3.-- liegt. Mit der Vereinbarung der Banken ist der Regierung das Instrument, das sie für ihre Stabilisierungspolitik erhalten sollte, entwunden worden. Ich halte es für einen Skandal - entschuldigen Sie das harte Wort - dass sich Private, die ganz spezifische eigene Interessen vertreten, anmassen, Entscheidungen von einer derartigen Tragweite für das wirtschaftliche Wohlergehen des Landes zu treffen. Ich möchte in erster Linie an Herrn Professor Böhler die Frage richten, welche Mittel noch zur Verfügung stehen zur Abwendung der drohenden Beschleunigung der Inflation.

Nationalrat Hofer:

Es scheint mir ein gewisser Widerspruch in der Beurteilung der Haltung Grossbritanniens vorzuliegen. Einerseits hat es, wie Herr Botschafter Weitnauer erklärte, eindeutig seine Bereitschaft geleugnet, Mitglied eines europäischen Bundesstaates zu werden. Es hat damit den Bedingungen der EG-Kommission für die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen nicht entsprochen. Andererseits hat es, wie Herr Botschafter Jolles darlegte, in der EFTA darauf bestanden, seine Integrationspolitik im Alleingang weiter zu verfolgen, um seine Manövrierfähigkeit wahren zu können.

An die Ausführungen von Herrn Botschafter Jolles möchte ich noch eine weitere Frage knüpfen: Man hat gegenüber der schweizerischen Öffentlichkeit immer den Eigenwert der EFTA betont. Wie steht es damit, nachdem nun alle EFTA-Staaten, zum grössten Teil sogar ohne Abstimmung mit ihren EFTA-Partnern, ein Nahverhältnis mit der EWG suchen? Der Erfolg der EFTA als Integrationskonzept erscheint im Lichte dieser Entwicklung doch eher als fragwürdig.

M.J. Freymond:

Pour contribuer à la discussion, je voudrais maintenant durcir ma position, allant dans le même sens que M. Wahlen. A la question de M. Hofer, je répondrai: négociez donc, puisqu'il faut être présents; négociez même n'importe quoi, mais arrangez-vous ce faisant à ne pas lier irrévocablement notre sort à des Etats malades. Car je considère ces Etats comme malades, et en tant que Suisse, la santé de mon pays m'inquiète et m'importe au premier chef, surtout la santé de notre jeunesse; si vous voulez, je dirais que l'avenir des fils Brandt m'intéresse beaucoup plus que ce que fera le père.

Botschafter Jolles:

Die Herren Dürrenmatt und Bretscher haben Zweifel über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Integration geäußert im Blick auf die Schwierigkeiten, die die Vergemeinschaftung der Agrarpolitik und der Aussenhandelspolitik gebracht haben. Wenn diese Schwierigkeiten zum Abbau der Supranationalität führen sollten, könnte sich die Schweiz leichter an der weiteren Integration beteiligen.

Persönlich vermute ich, dass sich die Dinge wie folgt entwickeln werden: Die Agrarmarktregelung ist gegenwärtig das schwierigste Problem der EWG. Es lässt sich nur mit einer Neukonzeption der Agrarpolitik lösen. Diese hat indessen Aussichten zustande zu kommen, weil die finanziellen Auswirkungen der gegenwärtigen Situation unhaltbar geworden sind. Ein Beitritt Grossbritanniens würde die Lösung eher erleichtern als erschweren, wegen der hohen Einfuhrkapazität dieses Landes für Agrarprodukte. Ein Beitritt Dänemarks und Irlands dagegen wird die Schwierigkeiten vermehren, da sie Agrarexportländer sind. Das ist mit ein Grund für die Verhandlungspriorität, die Grossbritannien eingeräumt wird. Für Grossbritannien stellen die Verpflichtungen, die ihm aus dem gemeinsamen Agrarmarkt erwachsen, natürlich einen Nachteil dar. Einerseits würden die Lebenshaltungskosten steigen, andererseits die handelspolitischen Beziehungen zum Commonwealth, insbesondere Neuseeland (Butter!) beeinträchtigt. Diese Probleme wurden aber bereits in den Jahren 1962 und 1963 geprüft und als lösbar befunden.

Ich bin daher nicht sicher, dass mit einer Abschwächung der Supranationalität gerechnet werden kann, denn ein gemeinsamer Agrarmarkt erfordert zwangsläufig eine zentrale Verwaltung. Gerade die Franzosen befanden sich deshalb in einem Dilemma, weil sie auf der einen Seite den für sie vorteilhaften gemeinsamen Agrarmarkt funktionsfähig erhalten und andererseits aus politischen Gründen den Ausbau der Supranationalität hemmen wollten.

Bei der Vergemeinschaftung der Handelspolitik sind in den letzten Monaten entscheidende Fortschritte erzielt worden. Es ist anzunehmen, dass bis Jahresende die entsprechenden

Beschlüsse gefasst sein werden. Ein Problem hat sich vor allem daraus ergeben, dass die Oststaaten es immer noch ablehnen, die EWG als Vertragspartner zu anerkennen. Die Lösung wurde darin gefunden, dass den Mitgliedstaaten die Befugnis belassen wird, die entsprechenden Verträge abzuschliessen, aber unter der Bedingung, dass sie dem Ministerrat zu unterbreiten sind, der mit qualifizierter Mehrheit ihre Genehmigung beschliesst. Frankreich scheint bereit zu sein, dieser Regelung zuzustimmen. Es ist in diesem Zusammenhang auch zu erwähnen, dass die EWG bereits jetzt die Verhandlungen in der OECD und der UNCTAD über die Zollpräferenzen für Entwicklungsländer führt.

Kernfrage für uns wird der politische Gehalt einer Verbindung mit der EWG sein. Auch bei einer Entpolitisierung der Integration und einem auf das Wirtschaftliche beschränkten Verhältnis sind für uns doch politische Konsequenzen mit im Spiel. Diese hängen ab vom Intensitätsgrad der wirtschaftlichen Integration. Je enger sie ausgestaltet ist, desto grösser sind für uns auch die Auswirkungen politischer Art und der Verlust der Eigenständigkeit. Man denke z.B. nur an eine Uebernahme des EWG-Systems der Mehrwertsteuern. Dadurch würden nicht nur die Gesetzgebungskompetenzen von Volk und Parlament beschnitten, sondern es ergäben sich über die finanzpolitischen Konsequenzen auch Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Bund und Kantonen.

Der Beitritt Grossbritanniens würde die wirtschaftliche Integrationskraft der EWG eher schwächen nach den Erfahrungen, die wir mit den Engländern in der EFTA machen mussten. Sie waren von einer ausserordentlichen Hartnäckigkeit bei der Verteidigung nationaler Standpunkte selbst bei Angelegenheiten von völlig untergeordneter Bedeutung.

Zur Frage nach dem Ansehen der EFTA im Lichte der neueren Integrationsentwicklung ist festzuhalten, dass die EFTA für uns wirtschaftlich und verhandlungstaktisch grosse Vorteile brachte. Wirtschaftlich erwies sie sich als ein erfolgreiches Integrationskonzept. Verhandlungstaktisch ergibt sich aus diesem wirtschaftlichen Erfolg das allgemeine Interesse der EFTA-Mitglieder, die in der Freihandelszone erreichte Liberalisierung nicht mehr preiszugeben. Daher kam es an der Ministerratstagung in Genf trotz mangelnder politischer Solidarität schliesslich doch zu einer Einigung in dem Sinne, dass die Wünschbarkeit von Gesamtlösungen unterstrichen wurde. Das trug wiederum dazu bei, dass an der Tagung der Aussenminister in Luxemburg Schumann für die Gesamtlösung gestützt auf eine Willensäusserung der EFTA-Staaten plädieren konnte.

Zum Vorschlag von Herrn Bundesrat Wahlen ist zu bemerken, dass die Arbeitsgruppen für die wichtigeren Gebiete bereits vor zwei Jahren wieder aktiviert worden sind. Sie haben die seinerzeit erstellten Berichte à-jour gebracht. Ein darauf abgestützter Gesamtbericht der Ständigen Wirtschaftsdelegation ist dem Bundesrat im September unterbreitet worden. Hervorzuheben ist, dass die Ständige Wirtschaftsdelegation, in der alle interessierten Verwaltungsstellen und die fünf Spitzenverbände vertreten waren, diesen Bericht einstimmig verabschiedet hat.

Es ist richtig, dass wir bisher die Zolldiskriminierung als tragbar empfunden haben und dass sie deshalb für uns keinen Grund darstellt, ein Nahverhältnis mit der EWG zu suchen. Wichtiger als die Zolldiskriminierung können für uns aber in Zukunft bei einem Abseitsstehen die Auswirkungen der gemeinsamen Industrie-, Forschungs- und Arbeitsmarktpolitik werden.

Das wichtigste für uns in der gegenwärtigen Situation ist, wie Herr Bundesrat Wahlen richtig bemerkte, die Erhaltung unserer wirtschaftlichen Kraft und internationalen Konkurrenzfähigkeit. In dieser Hinsicht befinden wir uns in einer schwierigen Phase. Die Regierung verfügt über kein ausreichendes Instrumentarium zur Führung einer wirksamen Konjunkturpolitik, und dies in einem Zeitpunkt, wo alle Anzeichen auf einen inflatorischen Trend hin deuten. Ich teile deshalb die Bedenken von Herrn Bundesrat Wahlen in vollen Umfang.

Der Vorsitzende:

Mit der Supranationalität als Mittel der europäischen Integration ist es wie mit einer Religion, die innerlich erloschen ist, aber niemand wagt es, dies laut auszusprechen. Kürzlich hat uns dies ein Mitglied der Kommission offen bestätigt, und es hat dabei das Wort geprägt: "Ce n'est pas en fixant le prix du cochon ensemble que l'on fera l'Europe".

Wenn weitere Bereiche, die in den Kern nationaler Politik eingreifen, von der EWG vereinheitlicht werden sollen, öffnen sich zwei Wege: Entweder wird die Supranationalität der gemeinschaftlichen Behörden und die politische Kontrolle dieser Behörden verstärkt oder aber man versucht, zu einer Koordination der Politiken souveräner Staaten zu gelangen. Es ist bezeichnend, dass der Begriff der "Koordination" in den Dokumenten der EWG und der Mitgliedstaaten mehr und mehr erscheint.

Ich teile die Auffassung von Herrn Direktor Jolles, dass - auch wenn ein politisch vereinigt Europa nicht zustande kommt und nur eine wirtschaftliche Integration stattfindet - diese für die Schweiz doch Konsequenzen politischer Art zur Folge hat. Der Zeitpunkt ist aber noch nicht gekommen, um zu diesen Problemen Stellung zu nehmen.

Ob das Erweiterungsproblem tatsächlich effektiv verhandelt wird, ist für mich noch eine offene Frage. Ich bin in dieser Hinsicht weniger optimistisch als Herr Direktor Jolles.

Professor Böhler:

Ich möchte unterstreichen, was Herr Botschafter Weitnauer ausgeführt hat zu Erfahrungender EWG über die Verbindung von wirtschaftlicher und politischer Integration. Ich darf für mich in Anspruch nehmen, von jeher die Meinung vertreten zu haben, dass es sehr unwahrscheinlich sei, dass eine wirtschaftliche Integration auch zur politischen Einigung führen werde. Sie kann die politische Desintegration sogar noch verstärken, wie wir z.B. an der Entwicklung Italiens erkennen können, wo die aus der wirtschaftlichen Integration sich ergebende Prosperität zur sozialen Auflösung, zur Schwächung des Wehrwillens und - wie sich vor allem an der Jugend zeigte - zur Unruhe führte.

Was die gegenwärtige Lage der schweizerischen Wirtschaft angeht, ist die Sorge von Herrn Bundesrat Wahlen sehr berechtigt. Es herrschen fast chaotische Zustände in unserem Land. Fragen, die im engsten Kreise sorgfältig geprüft werden sollten, werden von allem Anfang an in der Öffentlichkeit diskutiert. Die Frage der Inflation hängt aufs engste zusammen mit dem Fremdarbeiterproblem und beide sind wiederum verknüpft mit der Frage der Aufwertung, die als letzte Folge der Entwicklung angesehen wird. Ich vermag meinerseits in der Aufwertung nur eine Symptomkur zu sehen. Das übermässige Wachstum, das der Inflation zugrundeliegt, wird dadurch nur vorübergehend begrenzt. Eine Aufwertung für sich alleine genügt nicht, sondern wird nur weitere Aufwertungen nach sich ziehen,

- 21 -

da dadurch in erster Linie die Grenzbetriebe, nicht aber die Wachstumsindustrie getroffen werden. Das wird man auch in Deutschland erfahren müssen. Die Völker scheinen nicht bereit zu sein, das Problem bei seinen Ursachen anzupacken, solange nicht ein eigentlicher Rückschlag erfolgt. Ein solcher erscheint deshalb als unausweichlich.

Vergegenwärtigen wir uns die Wirksamkeit der vorhandenen Mittel der Konjunkturpolitik. Die Finanzpolitik kann zur Stabilisierung aus politischen Gründen nicht verwendet werden. Die Einkommenspolitik hat sich als wirkungslos erwiesen. Selbst wenn mit Negativzinsen der Zufluss des Fremdkapitals gebremst werden könnten - was ich für fragwürdig halte - wird dadurch der Auftrieb im Inland nicht gehemmt. Konjunkturbeschlüsse, wie wir sie einmal hatten, sind heute nicht mehr möglich. Die Kreditpolitik ist durch das unglückliche Abkommen der Banken präjudiziert. Dabei wäre gerade eine radikale Kreditzuwachsbeschränkung noch das einzige Mittel, das helfen könnte. Ich würde dabei eine Reduktion auf etwa 3 % für notwendig erachten.

Man sprach auch schon von einer massiven Aufwertung in der Höhe von etwa 20 %. Die Berechnung dieser Aufwertungssätze beruht auf der Kaufkrafttheorie. Wollte man wirklich nach dieser Theorie verfahren, wäre Japan das erste Land, das seine Parität ändern müsste, und zwar hätte es abzuwerten. Ich halte eine solche Anwendung der Theorie für unsinnig. Eine Aufwertung würde zudem - wie gesagt - nur die Grenzbetriebe treffen, während die eigentlichen Wachstumsindustrien mit ihr fertig werden könnten. Wir können uns jedoch eine Konzentration unserer Wirtschaft auf die wenigen Wachstumsindustrien nicht

leisten. Auch deren Grundlagen scheinen zudem bereits heute gefährdet zu sein, da ihrer Forschungskapazität aus Personalgründen Grenzen gesetzt sind. Unser einziger Trost kann darin liegen, dass die anderen auch nicht besser dran sind. Sie sehen sich zum Teil vor noch stärkere Inflationstendenzen gestellt.

Nur wenn wir das Wachstum in die Hand bekommen, wird auch die Fremdarbeiterfrage lösbar. Wie Sie sehen, sind wir in einer desolaten Situation, und wir sind viel zu wenig vorbereitet hineingeraten.

Der Vorsitzende:

Diese Fragen sind von einer solchen Bedeutung, dass sie Thema einer besonderen Sitzung sein könnten.

Professor Lüthy:

Die heutige Diskussion hat in mir das Gefühl bestärkt, dass wir in eine Phase geraten sind, in der alles schwimmt. Die bisher als feststehend angenommenen Konstanten der internationalen Politik, wie sie aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen sind, erscheinen wieder als labil und wandelbar. Der Rückzug der Staaten auf sich selbst und auf eine möglichst grosse Flexibilität gegenüber unvorhersehbaren Situationen ist unter diesem Gesichtspunkt ein typisches Symptom. Es scheint mir fraglich, ob wir wirklich von einem Wiederaufleben des Nationalismus sprechen können; jedenfalls entspringt dieser sacro egoismo nirgends einer Grundwelle von Patriotismus oder Nationalgefühl, sondern vielmehr aus einem Gefühl der Unsicherheit, in der jeder versucht, das Instrumentarium der eigenen Aussenpolitik möglichst anpassungsfähig und bindungsfrei zu halten. De Gaulle gab zumindest noch den Eindruck einer nach festen Zielen ausgerichteten Politik. Tatsächlich aber konnten diese Ziele schon

zu seiner Zeit nicht mehr vor der Realität bestehen. Die Rolle Frankreichs beispielsweise in der EWG als subventioniertes Agrarland inmitten von Industriestaaten entspricht viel mehr den Ideen Pétains als de Gaulles.

Diese allgemeine Unsicherheit spiegelt sich auch in der Ratlosigkeit um die weitere Entwicklung der EWG wieder, zwischen deren politischen Rechtsfestigungsideologie und funktioneller Wirklichkeit eine nicht mehr zu schliessende Lücke klafft. Was bedeutet das "achèvement"? Die endgültige Regelung der Agrarfinanzierung, die gar nicht endgültig geregelt werden kann. Das "approfondissement"? Das wäre die endliche Klärung der "politischen Zielsetzung", auf die sich ja umso leichter schwören lässt, je sorgfältiger man darauf verzichtet, sie zu definieren.

Das "élargissement" endlich ist für jene, die darauf drängen, der praktikabelste Weg, sowohl der Zwangsjacke des autarken Agrarmarktes wie den politischen Sonderbund der Sechs zu entrinnen.

Es ist für den Nichtdiplomaten eine verwirrende Frage, welche diplomatische Taktik gegenüber der in tiefe Unwahrhaftigkeit verstrickten Europapolitik anwendbar ist. Wie weit verstösst es gegen den diplomatischen Takt, immer wieder nach dem konkreten Gehalt der "finalités politiques" zu fragen, denen sich angeblich jedes künftige Mitglied der Wirtschaftsgemeinschaft unterwerfen muss? Eine gemeinsame europäische Politik lässt sich nicht vertraglich aushandeln wie Agrarpreise. Sie setzt vielmehr die Schaffung einer gemeinsamen politischen Entscheidungsinstanz voraus, d.h. eine bindende politische Verfassung Europas. Davon ist mit oder ohne Erweiterung keine Rede und damit ist das Brüsseler politische Vokabular längst zur Spiegelfechtereie geworden. Es ist natürlich der Diplomatie nicht erlaubt, das in derart groben Worten zu sagen.

Aber wenn uns die Unvereinbarkeit unserer Neutralität mit den politischen Zielen der EWG entgegengehalten wird, sollte es möglich sein, beharrlich die Gegenfrage nach dem Inhalt dieser Ziele zu stellen, denen wir das Instrumentarium und die Bedingungen unserer Unabhängigkeit opfern sollen.

Botschafter Troendle:

Auch in Japan spricht man von einer Aufwertung. Die Japaner haben ähnliche Probleme wie die Bundesrepublik. Kürzlich habe ich in Japan mit einem deutschen Industriellen - man trifft sie ja überall - gesprochen. Er hat sich zur Aufwertung durchaus positiv geäußert. Nur sei sie zu spät erfolgt und das sei das Verbrechen der Regierung Kiesinger. Die neue Regierung sei in einer hoffnungslosen Lage, da die SPD den weiteren Forderungen der Gewerkschaften kaum zu widerstehen vermöge, während die FDP hierin nicht allzu weit gehen könne. Gefühlsmässig bin ich dagegen, dass auch der Schweizer Franken aufgewertet wird.

Professor Hofer:

Ich möchte an die Ausführungen von Herrn Lüthy anknüpfen. Es war von jeher so, dass die Politik jedes Staates sich in einem internationalen Bezugssystem einrichten musste. Dem heutigen Bezugssystem nun fehlen die festen Grössen. Kein Land weiss, wohin die Reise geht. Das macht es für die Kleinstaaten so ausserordentlich schwierig, da sie zwangsläufig mehr Objekt der internationalen Politik sind. Herr Botschafter Weitnauer hat die Äusserung eines Kommissionsmitgliedes zur politischen Ratlosigkeit der EWG zitiert. In ähnlicher Weise habe ich es einmal in Strassburg formuliert: Die EWG scheint eine Frage der Rindsfilets und die EFTA eine Frage der Fischfilets zu sein. Wie können Sie da noch erwarten, dass die

Jugend - soweit sie nicht überhaupt politisch desorientiert ist - sich für die Integration interessiert und begeistert?

Im Kommissionsbericht zur Erweiterungsfrage werden einzig Finnland und Oesterreich wegen ihrer Neutralität eine Sonderbehandlung zuteil, d.h. als massgeblich sieht man diejenige Neutralität an, die von dem sowjetischen Einspruchsrecht abhängt. Die schweizerische Neutralität dagegen gilt offenbar als ein freiwillig gewählter und daher verzichtbarer Status. Hier könnte man einhaken und den Gedanken weiter führen: Nehmen wir an, die Sowjetunion besitze auch gegenüber der schweizerischen Aussenpolitik das Recht zur Einsprache, wenn sich diese nicht mehr mit der Neutralität vereinbaren liesse. Würde die Sowjetunion nun Einsprache gegen ein von uns gewähltes Nahverhältnis zur EWG erheben, so stellt sich die Frage, welche Bedeutung dem beizumessen wäre. Könnten wir uns darüber hinwegsetzen und eine bloss einseitig anerkannte Neutralität weiter führen? Vielleicht sollten wir eine unserer nächsten Sitzungen dem Thema widmen, wie unsere Neutralität zeitgemäss zu begründen ist. Es ist bezeichnend, dass - als wir im Europarat einmal eine Diskussion unter den Neutralen organisierten - die Schweden sich desinteressierten und die Oesterreicher sich für ein möglichst enges Verhältnis mit der Schweiz aussprachen.

Ein weiteres Beispiel, wie sehr die Unsicherheit über die Bezugspunkte der internationalen Politik verbreitet ist, bildet die Diskussion in einer Europaratskommission über die Sicherheitskonferenz. Eine Reihe von Parlamentariern befürwortete eine Konferenz unter der Voraussetzung, dass die Sowjetunion auf die Breschnew-Doktrin verzichte. Sie waren sich nicht einmal klar darüber, dass diese Doktrin für die Sowjetunion gar nicht besteht.

Botschafter Ruegger:

Ich möchte Ihnen die Frage stellen, ob wir nicht zunächst in einem Punkt zu einer Konklusion kommen sollten wie es die Gruppe seinerzeit, in bezug auf das Verhältnis zum Europa-Rat, in positivem Sinne tat. In den Voten der Herren Wahlen, Jolles und Böhler ist die Fremdarbeiterfrage als ein wichtiges Problem genannt worden. Wie Herr Wahlen darlegte, ist zu befürchten, dass die demagogische Initiative Schwarzenbach viele Befürworter finden wird, die einfach aus dem Gefühl heraus, dass etwas in dieser Frage geschehen müsse, sich ohne Ueberlegung instinktiv für die Initiative einsetzen, weil kein präziser und die Initiative von Anfang an lähmender Gegenvorschlag vorliege. Die Umfragen, die gemacht worden sind, ergeben jedenfalls beunruhigend hohe Zahlen der Befürworter an. Ich schlage deshalb vor, dass wir dem Bundesrat zur Kenntnis bringen, dass wir uns auch mit dem Problem beschäftigt haben und dass wir aus den genannten Gründen mit einer klaren Opposition an jede Demagogie die Vorlage umfassender Gegenmassnahmen für erwünscht und notwendig erachten; zusammen mit der absoluten Ablehnung der beunruhigenden Initiative und einer publizistischen Aufklärung über die grossen Gefahren der Initiative.

Der Vorsitzende:

Ich werde den Departementschef gerne über die an der heutigen Aussprache geäusserten Sorgen über die Fremdarbeiterfrage orientieren. Ich wäre Herrn Botschafter Grübel dankbar, wenn er sich als bester Kenner hierzu ebenfalls noch äussern würde.

Botschafter Grübel:

Das Thema der Fremdarbeiterpolitik gehört eigentlich nicht zum Gegenstand dieser Sitzung: aber da Sie mich schon dazu auffordern, werde ich gerne einiges aus meiner Sicht dazu sagen. Ein Gegenvorschlag zur Initiative Schwarzenbach im formellen Sinn, d.h. als Verfassungsvorlage, steht für uns ausser Diskussion. Wir sind froh darüber, dass heute für die Entscheide in der Fremdarbeiterpolitik der Bundesrat zuständig ist, und wir halten es nicht für zweckmässig, diese Zuständigkeit durch einen Gegenvorschlag auf die

Verfassungs- oder Gesetzesstufe zu heben. Die Initiative wird kaum angenommen werden. Es wäre aber auch schon unangenehm, wenn sie einen Achtungserfolg erringen würde. Die Bestrebungen gehen deshalb dahin, auch das zu verhindern. Wir hatten kürzlich Gelegenheit, der Nationalratskommission für die Initiative Schwarzenbach unser eigenes Konzept, an dem wir schon seit einem halben Jahr arbeiten, darzulegen. Der Bundesrat hat darüber noch nicht entschieden, weil sich die Kantone und die Spitzenverbände noch nicht äussern konnten. Er hat uns aber ermächtigt, die neuen Ideen trotzdem schon der Nationalratskommission vorzulegen.

Wir halten eine Stabilisierung der ausländischen Erwerbstätigen für absolut notwendig und für die Wirtschaft tragbar. In Kauf zu nehmen ist dabei eine Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung. Aus menschlichen und wirtschaftlichen Gründen streben wir eine verstärkte Freizügigkeit der Fremdarbeiter an. Die Betriebsplanung soll weiter gelockert werden. Paradoxe Weise sind die Linkskreise für diese Liberalisierung, während in diesem Fall die Arbeitgeber eher für dirigistische Lösungen eintreten. Wir rechnen mit ziemlichem Widerständen, vor allem auch von seiten der Kantone. Wie die Regelung schliesslich aussehen wird, lässt sich heute noch in keiner Weise voraussagen.

Gestatten Sie mir, dass sich auch noch einige Worte zum Thema Ihrer heutigen Sitzung sage. Es ist mir aufgefallen, wie gründlich mit dem Konzept, die politische Einigung durch das Mittel der wirtschaftlichen Integration zu erreichen, aufgeräumt worden ist. Diese Entwicklung bestätigt die Auffassung, welche die in der Schweiz für die Integrationspolitik Verantwortlichen seit jeher vertreten haben. Heute scheint sich mir aber die Gefahr einer andern Illusion abzuzeichnen, nämlich die, dass eine wirtschaftliche Integration keine politischen Konsequenzen habe. Herr Botschafter Jolles hat das für die Schweiz sehr richtig herausge-

stellt. Es gilt aber m.E. auch für Europa: Jede wirtschaftliche Integration wird mit der Zeit mehr oder weniger starke politische Konsequenzen haben. Nur hat man bisher immer den Zeitraum, in dem sich solche Entwicklungen vollziehen, unterschätzt. Was sind aber schon 15 Jahre gemessen an der Grösse des Problems? Selbst wenn die EWG nur eine Zollunion bleiben sollte, wird sie ihre politischen Auswirkungen haben.

a. Nationalrat Bretscher:

Es ist für die Schweiz zweifellos von Wichtigkeit, wie die EWG sich weiter entwickeln wird. Was die gemeinsame Handelspolitik angeht, bin ich sehr skeptisch, ob es tatsächlich zu einer solchen kommen wird, denn die Aussenhandelspolitik ist ein sehr wichtiger, wenn nicht zeitweise der wichtigste Bestandteil der Aussenpolitik der EWG-Länder. Möglich ist vielleicht eine gewisse Koordinierung, kaum aber eine Vergemeinschaftung der Aussenpolitik.

Der Vorsitzende:

Wie ich schon sagte, bin auch ich in dieser Hinsicht eine Nuance skeptischer als Herr Botschafter Jolles. Lassen Sie mich unser Gespräch in folgender Weise zusammenfassen:

- Am meisten frappiert hat mich das Absinken in immer pessimistischere Töne.
- Wir haben einmütig festgestellt, dass die Technokratie keinen Weg zu Europa bilden kann.
- Die schweizerische Haltung in der heutigen Integrations-situation lässt sich dahin zusammenfassen, dass wir, wie alle Länder, ein Maximum an Vorteilen mit einem Minimum an Nachteilen herauszuholen versuchen werden. Wir werden dafür auch der traditionellen "eidgenössischen List" nicht ganz entraten können.

- 29 -

Die völlige Offenherzigkeit, von der Herr Professor Lüthy gesprochen hat, ist kein geeignetes Instrument der schweizerischen Diplomatie.

Das von Herrn Botschafter Ruegger angezogene "Europe des patries" wäre sicher der Schweiz am ehesten gemäss und sympatisch. Die Frage ist nur, wie weit wir damit kommen würden. Die Rivalitäten zwischen den europäischen Grossmächten sind so beträchtlich, dass ein dritter Fouchet-Plan wohl geringe Aussichten hat. Ich bin daher je länger, desto weniger zuversichtlich, dass eine eigenständige politische Kraft in Westeuropa - auch nach einer andern Formel als der von Brüssel - wird aufgebaut werden können. Was bleibt, ist die Zusammenarbeit von Westeuropa und den USA. Darin liegt das einzige solide Fundament. Alle grossen Probleme wurden in den letzten Jahren in diesem Rahmen bearbeitet: Die Verteidigung (NATO), die Währungsfragen, die Handelspolitik (Kennedy-Runde). Ich frage mich deshalb, ob wir nicht die schweizerische Politik in erster Linie danach ausrichten sollten. Das würde bedeuten: Wir verfolgen die europäischen Integrationsbestrebungen weiterhin mit Aufmerksamkeit und beteiligen uns daran, soweit dies irgend möglich ist. Grundsätzlich aber müssen wir uns bewusst bleiben, dass die Schweiz in der Welt verankert ist, auch und gerade mit ihrer Neutralität. In Amerika habe ich das z.B. erläutert mit dem Hinweis auf die Tatsache, dass die Schweiz die Interessen der USA in Kuba seit 8 Jahren mit Erfolg vertritt. In Europa bildet der Staatsvertrag, mit dem Oesterreich die Unabhängigkeit erlangte, ein Beispiel. Die Formel, nach der Oesterreich sich zur bewaffneten und immerwährenden Neutralität nach dem Vorbild der Schweiz verpflichtete, war der Kompromiss, der den Vertragsschluss schliesslich möglich machte. Wir sind nicht schlecht gebettet in dieser Welt, auch wenn wir in Europa manchmal Enttäuschungen erleben. Zum

Schluss möchte ich noch einmal zurückkommen auf das Votum von Herrn Professor Freymond: Auch in meiner Tätigkeit erlebe ich es immer wieder, dass das eigentliche Problem darin liegt, dass die mitmenschlichen Beziehungen nicht mehr in Ordnung sind. Das hat seine Auswirkungen auch auf die Beziehungen unter den Staaten. Früher waren auch die Staatsmänner getragen von einer bestimmten Vorstellung von diesen Beziehungen, und sie fühlten sich dafür verantwortlich. Das ist uns verloren gegangen.

Nach den Schätzungen von Herrn Botschafter Jolles wird die Integration im Frühling des nächsten Jahres in eine Phase eintreten, in der wir wieder über die schweizerische Haltung beraten und allenfalls dem Bundesrat unsere Auffassungen darlegen sollten. Ich möchte deshalb die nächste Sitzung für Ende April/Anfang Mai vorsehen.

Schluss der Sitzung: 16.15 Uhr

Europa nach de Gaulle

Referat gehalten von Botschafter Dr. A. Weitnauer
an der Sitzung der Arbeitsgruppe für Historische
Standortsbestimmung vom 15. November 1969.

Als General de Gaulle - am frühen Morgen des 28. April 1969 - nach der Verwerfung des Referendums über eine von ihm beantragte Verfassungsreform sein Amt, ein zweites Mal in seiner Laufbahn, niedergelegt hatte, sagte mir ein prominenter schweizerischer Vertreter der Europabewegung, den ich wenige Tage danach antraf, mit aufrichtig bewegter Stimme: "Un grand départ, un grand départ!".

Und in der Tat ist es so, und wäre es auch nur, weil die ragende Gestalt des ehemaligen französischen Staatspräsidenten für so lange Zeit - elf Jahre bedeuten viel im Leben des Menschen - die politische Bühne in Europa und nicht nur in Europa beherrscht hatte. Man kann schon heute voraussagen, dass für ihn einmal in der Geschichtsschreibung das gelten wird, was schon während seiner Tätigkeit in der Leitung der französischen Geschicke der Fall war: Er ist eine höchst umstrittene Figur gewesen und wird es auch in der Rückschau späterer Generationen bleiben. Man wird von ihm mit Schiller sagen:

"Von der Parteien Gunst und Hass verwirrt
Schwankt sein Charakterbild in der Geschichte".

Für die Bedürfnisse des Themas, das ich mir zur Behandlung gestellt habe, scheint es angemessen, zwischen dem Mann und seinem

Schatten zu unterscheiden. Beide - der Mann und der Schatten - haben in der hinter uns liegenden Zeit seiner Herrschaft durchaus ihre eigenen Funktionen gehabt. General de Gaulle hat auf die europäische und die Weltszene derart auch als Polarisierung von Standpunkten und Argumenten, aber auch von Ausreden und Ausflüchten gewirkt, dass erst nach seinem Verschwinden aus der aktiven Politik deutlich wird, was dem Mann und was seinem Ruf zuzuschreiben ist.

Ich möchte hier davon absehen, den Versuch zu unternehmen, die Persönlichkeit de Gaulles im einzelnen zu charakterisieren. Diejenigen unter uns, die an der Sitzung unserer Arbeitsgruppe vom 25. März 1963 teilnahmen, haben das meisterhafte Bild, das Prof. J.R. von Salis von dem grossen alten Mann Frankreichs entworfen hat, in unvergesslicher Erinnerung behalten. Es liegt mir fern, mit so viel Sachkenntnis und Schilderungskunst in Wettbewerb zu treten. Ich möchte hier nur meinen persönlichen Eindruck wiedergeben, dass mit de Gaulle gewiss einer der letzten Staatsmänner des alten Europa abgetreten ist. In ihm war noch die universelle Bildung - allerdings ganz französisch geprägt - , die früher fast selbstverständlich zum Rüstzeug der führenden Leute der europäischen Nationen gehörte, lebendig. Auch hatte er im höchsten Masse die historische Dimension gegenwärtig, den Sinn für die Kontinuität des Lebens der Staaten und der Völker und, entsprechend der Tiefe des geschichtlichen Bewusstseins, den Blick in die Weiten der Zukunft. Dies unterscheidet ihn sehr nachdrücklich von den ganz in ihren Gegenwartssorgen aufgehenden, von Gegenwartseindrücken beherrschten Politikern, die heute zumeist die Geschicke der grossen Länder unserer Welt lenken.

Sehr problematisch wird die Gestalt de Gaulles, wenn man sein Denken und Handeln auf ihren Wirklichkeitsgehalt, wenn man den Staatsmann de Gaulle auf seinen politischen Realismus hin prüft. Es ist ihm vorgeworfen worden, er lebe in der Gedankenwelt des "Grand Siècle", er überschätze die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Hilfskräfte Frankreichs, er treibe eine reine Prestigepolitik und habe sich damit als grosses Hindernis konstruktiver und notwendiger Entwicklungen nicht nur in seinem eigenen Lande, sondern vor allem für den Aufbau Europas und für ein besseres Einvernehmen in der sogenannten westlichen Welt erwiesen. Kein Zweifel, dass an diesen Vorwürfen viel Wahres ist. Zur Erklärung wird man immer wieder an die Anfangsworte seiner "Mémoires de Guerre" erinnern müssen: "Toute ma vie, je me suis fait une certaine idée de la France ..." und einige Sätze weiter "... que la France n'est réellement elle-même qu'au premier rang." Der Abschnitt schliesst mit den berühmten Worten: "Bref, à mon sens, la France ne peut être la France sans la grandeur." Diese Grundstimmung hat unzweifelhaft die Blickrichtung und vor allem den Stil seines politischen Handelns bestimmt. Vieles, was er tat, mutete unwirklich, ja als Unternehmungen des weiland edlen Ritters Don Quichotte an. Er muss, auch wenn er es niemals ausgesprochen hätte, manch herbe Enttäuschung erlebt haben, wenn als Ertrag grosser und ermüdender Reisen in alle Ecken und Enden der Welt bitterwenig für eine Stärkung des französischen Einflusses resultierte.

Hingegen gibt es der Zeugnisse genug, die darauf hinweisen, dass der alte Herr sehr wohl im Stande war, politische Situationen kühl nach ihren Manövriermöglichkeiten für die französische Politik abzuschätzen, günstige Konstellationen voll auszunutzen und, wenn er Gefahren witterte, Ballast abzuwerfen und auf eine konziliantere Haltung einzulenken. Dies führt mich dazu, das Phänomen des "Schattens", den er geworfen hat - ich sprach bereits davon - etwas näher zu untersuchen. Er fiel im wesentlichen auf drei Schauplätze: auf das Feld der europäischen Einigungsbestrebungen; auf das Verhältnis Europa - Amerika (oder die Atlantische Partnerschaft, wie man den Tatbestand auch nennt); und schliesslich auf die inneren Zustände seines eigenen Landes, Frankreich.

Von diesem letzten Punkte, der innerfranzösischen Entwicklung, will ich hier nicht handeln, da dies über den Bereich meines Themas hinausgehen würde. Hingegen darf ich Ihnen vortragen, wie sich meiner Ansicht nach Europa und das europäisch-amerikanische Verhältnis, nachdem der Schatten de Gaulles von ihnen gewichen ist, im hellen Sonnenschein der Wirklichkeit darbieten. Hier wird als erstes sofort deutlich, dass, ganz unabhängig von de Gaulles Handlungen oder Unterlassungen, in den letzten zwölf Jahren eine weltpolitische Entwicklung von vielleicht fundamentaler Tragweite eingetreten ist. Als der alte General im Mai 1958 an die Macht zurückkehrte, stand die westliche Welt noch ganz im Banne des "Kalten Krieges", der mit der Blockade Berlins im Jahre 1947 seinen Anfang genommen hatte. Er wirkte sich auf westlicher - und auch

auf östlicher - Seite in der Errichtung eines umfassenden Pakt-systems aus, angefangen bei der NATO und ihrem Gegenstück, dem Warschauer Pakt. Als vollends mit Eisenhower im Jahre 1953 ein republikanischer Präsident ins Weisse Haus einzog und sein Staatssekretär John Foster Dulles die amerikanische Aussenpolitik während der darauffolgenden sechs Jahre souverän bestimmte, wurde durch weitere Vertragssysteme ein eigentlicher "cordon sanitaire" um die Sowjetunion und das kommunistische China gelegt. Man sagte scherzend - und es war gar nicht so unrichtig - dass Dulles in keinen Weltteil reisen könne, ohne dort sofort einen neuen Pakt gegen den Kommunismus abzuschliessen. In dieser Atmosphäre haben die Einigungsbestrebungen in Westeuropa, um dies hier vorwegnehmend anzudeuten, ihre Maienblüte erlebt, und noch die Anfangsjahre der EWG, vom Abschluss des Römer Vertrages am 25. März 1957 an bis etwa zur Mitte der Sechzigerjahre, standen ganz im Zeichen der verhärteten Fronten zwischen den beiden Supermächten. Seither aber hat sich - man hat dies mit einer Art Abschluss der Nachkriegszeit und ihrer beherrschenden politischen Strömungen gleichgesetzt - eine wesentliche Auflockerung des Gegensatzes zwischen den beiden ganz Grossen manifestiert. An die Stelle der Bereitschaft, dem Gegner permanente - oder gar imminente - Angriffsabsichten zuzuschreiben, trat - nicht zuletzt mit Rücksicht auf das Gleichgewicht der atomaren Bewaffnung und die ungeheuren Rüstungslasten - sowohl in den Vereinigten Staaten als in der Sowjetunion die Tendenz zutage, einen modus vivendi miteinander zu suchen und sich auf erträglichere Bedingungen der Koexistenz einzurichten.

Wenn nun de Gaulle, um auf seine Europapolitik zurückzukommen, sich ein Maximum an Bewegungsfreiheit zu verschaffen suchte und unter offener Bruskierung vor allem der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens eine eigene französische Machtpolitik entwickelte, so geschah dies auf dem Hintergrund der Tatsache, dass der amerikanische Machtschutz für Europa unter der Herrschaft des Kalten Krieges ganz unzweifelhaft war und daher auch ein ungebärdiges, Aergernisse aller Art erregendes Frankreich für den amerikanischen Protektor aus ureigenstem Interesse kein Grund sein konnte, seine schützende Hand von dem europäischen Brückenkopf wegzuziehen. Das Wiederaufleben der französischen Machtpolitik alten Stils war ein Luxus, den der alte Herr im Elysée sich leisten konnte, weil er damit für die französische Sicherheit nichts Wesentliches aufs Spiel setzte. Als aber diese Situation sich zu ändern begann, hat auch de Gaulle den Gegensatz zu Amerika stillschweigend abzubauen sich angeschickt. Den Endpunkt dieses Prozesses in seiner eigenen Laufbahn setzte der überaus herzliche Empfang, den der neue amerikanische Präsident Nixon im Frühjahr dieses Jahres bei de Gaulle fand. Als Folge der Besetzung der Tschechoslowakei durch sowjetische Truppen hatte sich Frankreich auch ganz unauffällig, nachdem es wenige Jahre vorher erst mit viel Getöse die Militärorganisation der NATO verlassen hatte, de facto wieder in sie eingeordnet und auch die Verteidigung "nach allen Azimuten" als strategisches Konzept begraben. Dies war ein deutlicher Beweis für den Realismus, der die de Gaullesche Politik neben ihren eher phantastischen Aspekten doch auch gekennzeichnet hat.

Die Entspannung zwischen den beiden Supermächten hat sich trotz des 21. August 1968 weiter fortgesetzt. Als vorerst und vielleicht auf lange Zeit unverrückbares Element ist allerdings wieder bestimmend in den Vordergrund getreten, dass die Sowjetunion die als Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandene strategische Grenze ihres Machtbereichs - Winston Churchill nannte sie den "Eisernen Vorhang" - unter allen Umständen zu verteidigen entschlossen ist. So mag es denn wie im Westen so auch im Osten weiterhin einen gewissen Polyzentrismus geben - man denke an die recht selbständige, doch dem Kommunismus fest verpflichtete Politik Rumäniens - ; aber von einem gesamteuropäischen Polyzentrismus, von einer Auflockerung oder gar Auflösung der Blöcke (vor allem des östlichen) kann keine Rede sein. Dies war eines der von de Gaulle am hartnäckigsten verfolgten Ziele seiner Politik, für das er gerade auch in Osteuropa Interesse zu wecken suchte; doch er musste sich, um nur ein Beispiel zu erwähnen, von Gomulka in öffentlicher Sitzung des polnischen Parlaments über den illusorischen Charakter solcher Zielsetzungen belehren lassen - und zwar vor den Ereignissen in der Tschechoslowakei.

Auch ein anderes Phänomen, das im Schatten de Gaulles gross wurde, besteht heute weiter und beherrscht die europäische Gegenwartspolitik immer mehr: es ist das Wiederaufkommen und die verstärkte Betonung des Nationalismus auf dem alten Kontinent. Was Grossbritannien und Frankreich betrifft, wird man sagen können, dass sie nie aufgehört haben, ihn zu praktizieren. Wenn es de Gaulle gelungen ist, im Windschatten des amerikanischen Machtschutzes

Grossbritannien erfolgreich vom Beitritt zum Gemeinsamen Markt fernzuhalten, und zwar im Interesse der französischen Vormachtstellung in der Sechsergemeinschaft, so ist ebenso gewiss, dass dem Wunsch Grossbritanniens, in die EWG aufgenommen zu werden, das absolut analoge Motiv zugrundelag, nämlich in der erweiterten Gemeinschaft die Führung zu übernehmen ("to take the leadership of it", wie der ehemalige britische Aussenminister George Brown mit entwaffnender Offenherzigkeit im Unterhaus erklärte). Dass das Frankreich de Gaulles eine nationalistische Politik befolgte, bedarf somit gewiss nicht besonderer Hervorhebung. Doch ist es wichtig, sich vor Augen zu halten, dass diese Politik, wie die Ergebnisse zahlreicher Wahlen und Abstimmungen im Frankreich des letzten Jahrzehnts gezeigt haben, der Zustimmung einer Mehrheit des französischen Volkes stets sicher sein konnte.

Ebenso bedeutend aber ist gewiss der in der Bundesrepublik neu sich aufbauende deutsche Nationalismus. Ich erinnere mich an den Ausspruch eines deutschen Bekannten Ende der 40iger Jahre, der mir erläuterte - mit dem manchen Deutschen eigenen Hang zur Uebertreibung - dass sein Land sich nunmehr in eine "geschichtslose Sklavenhaltung" begeben habe. Es ist offenkundig, wie sehr sich Deutschland in den letzten zwanzig Jahren und vor allem in der jüngsten Vergangenheit wieder in die entgegengesetzte Richtung bewegt hat. Dazu hat vor allem beigetragen, dass die Bundesrepublik Deutschland heute die stärkste Wirtschaftsmacht Europas diesseits der sowjetischen Grenzen und die dritt- oder viertgrösste der Welt

überhaupt ist (auch die DDR hat sich wirtschaftlich sehr entwickelt und nimmt den siebenten Platz der Weltrangliste ein). Grell hat dieses neu erworbene Bewusstsein aufgeleuchtet an der Bonner Währungskonferenz im November letzten Jahres; überhaupt ist Prestige und Kraft der D-Mark zum Symbol und Ausdruck der deutschen Wirtschaftsmacht geworden. Während des kürzlichen Wahlkampfes bestand eines der Hauptprobleme der CDU/CSU darin, die mit Recht als Aergernis empfundene NPD "von rechts zu überholen", was die ausgesprochen nationalistischen Töne, die wenig entgegenkommende Einstellung gegenüber der Ausweitung der Gespräche mit dem Osten, gerade in alt Bundeskanzler Kiesingers Wahlreden erklärt. Bekannt ist auch, dass sich der CSU-Volkstribun Franz Josef Strauss in den vergangenen Jahren immer wieder als "deutscher Gaullist" gebärdete, was ihn aber nicht daran hinderte, gleichzeitig vehement für die europäische Einigung einzutreten (manche vermuten - oder befürchten - : unter deutscher Führung). Vollends spannend wird das Problem des deutschen Nationalismus in dem Augenblick, da nun eine Regierung "links von der Mitte" in der Bundesrepublik die Macht übernommen hat. Will sie ihr Konzept einer "Oeffnung nach Osten" weiterverfolgen, so wird sie zu einer "nationalen" Haltung bis zu einem gewissen Grade förmlich gezwungen. Ich werde dazu später ein paar Worte zu sagen haben. Hier nur eine vorläufige Konklusion: Es ist offenkundig, dass nicht zuletzt wegen des stark gesteigerten deutschen Selbstbewusstseins und des Wiederauflebens nationalistischer Strömungen - oder vielleicht besser Stimmungen - in der Bundesrepublik in einem Masse Bewegung in das deutsche politische Handeln gekommen ist, wie man

sie seit der sorgfältigen Absicherungspolitik Adenauers und seiner unmittelbaren Nachfolger, mit der vorbehaltlosen Eingliederung Westdeutschlands in die westliche Welt und ihr politisches Verteidigungsdispositiv gegenüber dem Osten, verbunden mit völliger Unbeweglichkeit in den Problemen des Alleinvertretungsanspruchs, der Anerkennung der DDR und der Oder-Neisse-Grenze, nicht mehr gekannt hat. Die Figur Prof. Hallsteins war der lebendige Ausdruck beider Hauptelemente der westdeutschen Nachkriegspolitik: der starren Frontstellung gegenüber dem Osten einerseits, der konsequenten Förderung der europäischen Einigung und der atlantischen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten andererseits. So ist er als Staatssekretär im Auswärtigen Amt Begründer der sogenannten Hallstein-Doktrin gewesen, und als erster Präsident der EWG-Kommission hat er die Notwendigkeit der Schaffung eines europäischen Bundesstaates immer und immer wieder vor allem auch mit der kommunistischen Bedrohung begründet.

Ein eigenartiger Fall ist Italien. Alle italienischen Regierungen der Nachkriegszeit haben zu den ausgesprochensten Verfechtern der europäischen Integrationspolitik gehört. Keine italienische Regierung -- auch die gegenwärtige nicht -- hat ihre NATO-Treue im geringsten verleugnet, wenn auch mit Rücksicht auf die Stärke der Linksparteien immer der defensive Charakter des Bündnisses unterstrichen wurde. Gerade für uns gehören die Italiener -- zusammen mit den Holländern -- zu den schwierigsten Partnern in der Vertretung der schweizerischen Integrationspolitik. Doch ist es nicht reiner Idealismus, der die italienische Politik beherrscht,

weit davon entfernt. In vertrauenswürdigerem Gespräch mit italienischen Politikern und Diplomaten wird sehr bald deutlich, dass es die drohende Gewitterwand des Kommunismus im eigenen Lande ist - vergessen wir nicht, dass rund ein Drittel der italienischen Wählerschaft der extremen Linken angehört - welche das italienische Bürgertum die Rettung in einer festen und unauflösbaren Integration mit dem Westen in Gestalt des europäischen Zusammenschlusses suchen lässt. Ganz abgesehen von der Frage, ob die Vereinigten Staaten eine kommunistische Machtergreifung in Italien hinnehmen würden - manche Anzeichen sprechen dagegen - so ist jedenfalls, um eine etwas überspitzte Formel zu gebrauchen, die Furcht davor, dem russischen Imperialismus zu erliegen - der natürlich in der Verkleidung des "sozialistischen Internationalismus" auftreten würde - der Grund, weshalb aus im höchsten Masse nationalen Gründen die Mehrheit der Italiener und die vielen aufeinanderfolgenden italienischen Regierungen sich immer den Zusammenschluss in den Europäischen Gemeinschaften und die atlantische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten als oberste Richtschnur ihrer Politik genommen haben.

Ich könnte die Liste verlängern und auf weitere Länder zu sprechen kommen, um immer neue Varianten des wiedererstarkten Nationalgefühls in Europa (im Westen wie im Osten) zu analysieren. Doch mag es mit den eben genannten Beispielen sein Bewenden haben.

Hingegen möchte ich die Entwicklung in einem anderen Bereich hervorheben, der für die europäische Nachkriegsgeschichte von grosser Bedeutung geworden ist: die Europäische Integration. Die

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist ganz ausgesprochen ein Geschöpf des Kalten Krieges wie die NATO; sie war als "economic wing of NATO" gedacht, als wesentlicher Bestandteil des Abwehrrdispositivs gegen die Bedrohung aus dem Osten. Darum wurde ihr gemäss der Präambel des Römer Vertrages eine betont politische Zielsetzung gegeben - wenn auch die Mittel für deren Erreichung rein wirtschaftlicher Natur sind - nämlich als Vehikel für die politische Einigung Westeuropas zu dienen und diesen Teil des alten Kontinents damit in den Stand zu setzen, Amerika gegenüber mit "einer Stimme zu sprechen".

Dass in den bald zwölf Jahren seit ihrer Gründung die EWG das akkumuliert hat, was man "Geschichte" nennt, wäre nicht weiter bemerkenswert, wenn der Vertrag einfach so durchgeführt worden wäre, wie er gemeint war, und die Gemeinschaft als solche sich in die Richtung bewegt hätte, in die sie sich nach der Absicht der Gründerväter hätte bewegen sollen. So aber ist die Geschichte der Gemeinschaft nicht verlaufen, und dies ist ein weiteres, nicht zuletzt durch die Politik des Generals de Gaulle bestimmtes Phänomen, mit dem sich Europa nach dem Weggang des französischen Staatspräsidenten auseinanderzusetzen hat.

Was zunächst das wirtschaftliche Schicksal der EWG betrifft, so gemahnt sie an ein Schiff, das von vielen Stürmen geschüttelt worden ist und nicht mehr die glänzende Fassade und die untadelige Ausrüstung aufweist, mit der es ursprünglich die Werft der genialen Konstrukteure der europäischen Zukunft verlassen hat. Ausserhalb des Bildes gesprochen: Die EWG hat einzelne ihrer Hauptziele voll

erreicht; sie hat auf anderen Gebieten energische Anläufe zur Verwirklichung ihres Programms gemacht und ist dabei in grosse Schwierigkeiten geraten, von denen man nicht weiss, ob sie sich daraus wird befreien können, und sie hat schliesslich noch einmal andere Programmpunkte kaum erst in Angriff nehmen können. Verwirklicht ist heute - und zwar mit 1 1/2 Jahren Vorsprung auf der Marschtabelle - die EWG-Zollunion. Eine eindruckliche Bewährungsprobe schwierigster Art hat dieses Gebilde in der Kennedy-Runde bestanden, und in ihr hat sich vor allem die Kommission als Mandatarin der Gemeinschaft sehr ausgezeichnet. Auch der Zusammenschluss mit den beiden anderen Gemeinschaften, der CECA und der EURATOM, ist ein gutes Stück vorwärts gekommen, indem zunächst einmal die Exekutiven zusammgelegt und, von der EWG aus gesehen, die ursprünglich neunköpfige Kommission auf ein vierzehnköpfiges Gremium erweitert wurde (das aber später wieder auf neun Mitglieder zusammenschrumpfen soll). Von einer Fusion der Verträge der drei Gemeinschaften aber ist man noch weit entfernt.

Das eine Grossunternehmen, das die EWG ausserhalb des Zollgebietes in Angriff genommen und sehr weitgehend gefördert hat, ist die gemeinsame Landwirtschaftspolitik. Hier aber hat man sich augenscheinlich festgefahren, einmal weil die Abschliessung der Gemeinschaft gegen aussen und die durch die gemeinsame Preispolitik bewirkte Produktion von gewaltigen Ueberschüssen, die dann auf dem Weltmarkt zu Schleuderpreisen abgesetzt werden, die EWG in ausserordentliche handelspolitische Schwierigkeiten mit den übrigen

Grossproduzenten von landwirtschaftlichen Produkten der gemässigten Zone gebracht hat; dann aber auch, weil die Preispolitik - klarer ausgedrückt: die Festsetzung politischer, d.h. übersetzter Preise für Agrarprodukte - die unausweichliche Ueberproduktion nicht nur zu einem externen handelspolitischen, sondern auch zu einem internen Finanzproblem, mit in die Milliarden gehenden, stets weiter anschwellenden Lasten für die Staatskasse der Mitgliedstaaten hat werden lassen. Dass endlich auf dem Wege zur Wirtschafts- und Währungsunion, zu der die EWG über die Zollunion hinaus ja werden will, nur wenige - um nicht zu sagen: keine - Fortschritte gemacht worden sind, hat sich eklatant am Beispiel der kürzlichen Währungsanpassungen in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland erwiesen, die zu einer akuten Bedrohung der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik mit ihren fixen, in Rechnungseinheiten ausgedrückten Preisen führen mussten. Es hat sich gezeigt, allgemein gesprochen, dass die EWG heute in der Verwirklichung ihres Wirtschaftsprogramms auf halbem Wege stehen geblieben ist und die kruziale Frage sich stellt, ob der politische Wille besteht, konsequent zur Wirtschaftsunion weiterzuschreiten - was wesentliche Souveränitätsabtretungen der Mitgliedstaaten an die Gemeinschaftsbehörden voraussetzen würde - oder ob ein Desintegrationsprozess einsetzen wird, der die Gemeinschaft, von der Zoll- und Handelspolitik abgesehen, als Rumpfbilde zurücklassen würde, mit tausend Gebrechen behaftet, von Verlegenheitslösung zu Verlegenheitslösung sich weitertastend, für die Welt und sich selbst kein erfreuliches Schauspiel.

Ohne damit die wirtschaftliche Betrachtung im mindesten erschöpft zu haben, ein Wort zur politischen Entwicklung der Gemeinschaft. Mit den Augen der Gründerväter betrachtet, bedeutet sie eine Kette von Enttäuschungen. Einmal ist die EWG in dem Aufbau eines wirklichen Bundesstaates nicht vom Fleck gekommen; andererseits ist es nicht gelungen, eine Erweiterung der Gemeinschaft einzuleiten. Der in der Präambel des Römer Vertrages ausgesprochene politische Wille - "déterminés à établir les fondements d'une union sans cesse plus étroite entre les peuples européens" - hat sich augenscheinlich nicht durchzusetzen vermocht. Wirtschaftliche Mittel haben sich als ungeeignet erwiesen, politische Ziele zu erreichen. Die Europäische Kommission und die Brüsseler Verwaltung - besetzt mit Leuten, vor denen ich wegen ihres Mutes und ihrer Sachkenntnis grosse Bewunderung empfinde - sind zwar ausgezeichnete Administratoren, und die Kommission im besonderen hat sich als Vorschlagsinstanz und als Vermittlerin zwischen den EWG-Mitgliedstaaten in schwierigen Situationen trefflich bewährt; das eigentliche Machtzentrum aber ist bei den nationalen Regierungen und dem Ministerrat der EWG, in dem sie gemeinsam auftreten und die entscheidenden Beschlüsse fassen, verblieben. Für diese Beschlüsse hat sich, im Widerspruch zum Römer Vertrag, die Regel der Einstimmigkeit erhalten, weil nach einem tiefen Zerwürfnis Mitte 1965 über die Eröffnung eigener Finanzquellen der Gemeinschaft nur so die französische Regierung zu einer Wiederaufnahme der Mitarbeit auf Grund des sogenannten Luxemburger Kompromisses vom 29. Januar 1966 veranlasst werden konnte.

Die Erweiterung der Gemeinschaft, vor allem durch die Aufnahme Grossbritanniens, ist an einem dreimaligen Veto General de Gaulles gescheitert: zuerst im November 1958, als der damals noch vorübergehend das Amt des Ministerpräsidenten bekleidende General den Verhandlungen über eine grosse europäische Freihandelszone ein Ende setzte; dann am 14. Januar 1963, nachdem Beitrittsverhandlungen mit den Briten mehr als ein Jahr gedauert hatten und der Abschluss unmittelbar bevorzustehen schien, und zuletzt am 19. Dezember 1967 nach dem zweiten britischen Beitrittsgesuch von Anfang Mai desselben Jahres.

In diese Blickrichtung gestellt wird man sagen können, dass die Geschichte der Gemeinschaft überwiegend einen Verlauf genommen hat, der den französischen Wünschen entsprach, und zwar sowohl wirtschaftlich als politisch. Wenn der ehemalige französische Staatschef nach seiner Rückkehr an die Macht die französische Mitgliedschaft in der EWG weiterführte, obwohl er im Exil sich immer dagegen ausgesprochen hatte, so darum weil er nach dem Studium der Akten und der Ueberprüfung der Lage im einzelnen mit scharfem Blick erkannte, dass einmal, was den wirtschaftlichen Aspekt betrifft, der Kompromiss zwischen den sechs Mitgliedstaaten, auf dem der Römer Vertrag beruht, Frankreich günstig ist, bot und bietet er doch der in voller Expansion begriffenen französischen Landwirtschaft einen grossen, gegen die Konkurrenz von aussen abgeschirmten Absatzmarkt (vor allem in der Bundesrepublik Deutschland). Auf der anderen Seite

- 17 -

konnte sich der Lenker der französischen Geschicke mit dem fortschreitenden Abbau der französischen Zollschränken gegenüber der freien Konkurrenz der industriellen Einfuhr aus den fünf Partnerstaaten umso eher abfinden, als er - wie nun seine Nachfolger - das beste Rezept für die französische Industrie darin sah, sie dem frischen Wind des freien Wettbewerbs mit anderen Ländern auszusetzen. Nebenbei bemerkt: Wenn die Kennedy-Runde auf dem Industriegebiet ein beträchtlicher Erfolg war, so u.a. darum, weil Frankreich sich nicht gegen eine aktive und positive Verhandlungsführung durch die EWG-Delegation wehrte: "La France a opté pour la libre concurrence" hatte der General schon in seiner Pressekonferenz vom Monat September 1963 wörtlich erklärt.

Doch nun der politische Aspekt. Hier konnte General de Gaulle nicht übersehen, dass sich ihm in Gestalt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine Verbreiterung der französischen Machtbasis darbot. Ein grosser Wirtschaftsraum und vor allem ein solcher von 200 Millionen Einwohnern ist durch sein blosses Gewicht immer auch ein politisches Faktum. Die Macht in diesem Gebilde mit einem anderen europäischen Grossstaat - konkret ausgedrückt: Grossbritannien - zu teilen, hatte de Gaulle keinerlei Neigung. Er suchte demgegenüber die Bundesrepublik Deutschland - Frankreichs grössten Partner in der EWG - politisch durch den Freundschaftsvertrag vom 21. Januar 1963 enger an sich zu binden, war doch in seinen Augen - und diesem Urteil konnte man die Berechtigung nicht absprechen - Westdeutschland in raschem

wirtschaftlichen Aufschwung begriffen, politisch aber, vor allem solange der "Kalte Krieg" hohe Wellen schlug, sehr exponiert, schwach und militärisch vom französischen Hinterland abhängig. Als die wirtschaftliche Machtstellung der Bundesrepublik immer weiter anwuchs, ohne dass sie bereit war, sich politisch ganz den französischen Auffassungen zu unterwerfen, und die zunehmende Abhängigkeit Frankreichs selbst vom guten Willen der Amerikaner immer augenscheinlicher wurde, erkannte er, ebenfalls in der letzten Phase seiner Regierungstätigkeit, dass vor allem Grossbritannien gegenüber die starr negative Haltung Frankreichs etwas aufzulockern sein würde. "Quelque chose de nouveau et de différent" wäre zu entwickeln, um den europäischen Aussenseitern der EWG entgegenzukommen - so hiess es. Hinter dieser sybillinischen Formel verbarg sich der schliesslich konkret angesprochene Vorschlag von sog. Handelsarrangements. Ich will hier nicht näher darauf eingehen; denn der Rücktritt de Gaulles hat allen Gesprächen über dieses Konzept, die nie über informelle Präliminarien hinaus gediehen sind, vorerst ein Ende gesetzt.

Ich glaube mit meinen Ausführungen gezeigt zu haben, dass in der Tat Frankreich in der bisherigen EWG nicht nur der dominierende Einfluss, sondern auch der Hauptnutznießer gewesen ist. Aber auch die übrigen Mitgliedstaaten haben bestimmt nicht nur Nachteile von ihrer Zugehörigkeit zur Gemeinschaft erfahren.

Allgemein gesprochen war, rein wirtschaftlich gesehen, den europäischen Integrationsbemühungen ein beträchtlicher Erfolg beschieden. Dies gilt nicht nur für die EWG; es gilt auch für die EFTA, die ich hier endlich doch als ein Musterstück der Zusammenarbeit zwischen gleichgesinnten Ländern auf ein bestimmtes, beschränktes Ziel hin, nämlich die Herstellung einer industriellen Freihandelszone mit gewissen ergänzenden Agrarabmachungen ihrer Bedeutung gebührend herausstellen möchte. Sie reiht sich mit ihrem freien Markt für Industrieprodukte von 100 Millionen Menschen dem 200 Millionen-Komplex der in ihrer Zielsetzung sehr viel anspruchsvolleren, dafür aber in ihrer Wirksamkeit auch unvergleichlich mehr gefährdeten EWG würdig an die Seite.

So viel zur Charakteristik der Veränderungen, die, solange General de Gaulle an der Macht war, mit ihm, zum Teil auch gegen ihn und zu einem guten Teil ohne ihn, d.h. ohne dass man ihn verantwortlich machen kann, obwohl er sich als bequemer Prügelknabe darbot, in Europa sowohl als in dessen Beziehungen zu Ost und West, eingetreten sind.

Nun hat sich der alte Herr in die Abgeschiedenheit von Colombey-les-Deux-Eglises zurückgezogen, und die Welt ist deswegen gewiss nicht stillgestanden. Wie bietet sich, nachdem seit seinem Weggang fast acht Monate vergangen sind, die Lage dar?

Man wird ihm nicht Unrecht tun, wenn man feststellt, dass die Grundelemente der grossen Weltpolitik sich nicht geändert haben, und wenn sie sich in eine neue Richtung weiterentwickeln sollte,

so nicht - oder jedenfalls keineswegs in erster Linie - wegen seines Rücktritts. Dies ist ein eklatanter Beleg dafür, dass die weltpolitischen Aspirationen des ehemaligen französischen Staatschefs, soweit er sie wirklich hegte, immer kostspielige Illusionen waren.

Niemand wird hingegen verkennen, dass sein Abtreten von der politischen Bühne in Frankreich selbst und in Europa eine Lage geschaffen hat, die sich in einigen Aspekten als neuartig erweisen könnte. Ich drücke mich mit Bedacht so vorsichtig aus. Was zunächst die französische Politik betrifft, so könnte man, wenn man sich für den Augenblick auf eine kurze Formel einigen will, etwa sagen, dass sie die gaullistische Linie weiterführt, aber ohne die eher phantastischen Elemente dieser Politik und in einem wesentlich andern Stil. Vor allem der Ton hat gewechselt: eine ausgesprochene Konzilianz, im Gegensatz zu der vom alten Herrn selbst nur zu oft an den Tag gelegten bewussten und verletzenden Schroffheit.

Was immer die Gründe sein mögen - sei es wegen der Stärke der Gaullisten strikter Observanz; sei es weil de Gaulle ja nicht tot ist, sondern die Ereignisse von seinem Landsitz her gewiss mit wachsamem Auge verfolgt; sei es aus taktischen Ueberlegungen; sei es aus wirklicher Ueberzeugung - so ist jedenfalls so viel sicher, dass Präsident Pompidou und seine Regierungsmannschaft bei jeder Gelegenheit betonen, dass sich an der französischen Aussenpolitik (und nur von ihr habe ich hier zu handeln) nichts Wesentliches geändert habe. So erklärte, um nur einen massgeblichen Sprecher zu

zitieren, Aussenminister Maurice Schumann in seiner Rede vom 24. September vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen wörtlich folgendes: "La France eut, au cours des onze années qui viennent de s'écouler, la chance d'avoir en la personne du Général de Gaulle un Président dont les initiatives, les vues historiques, les idéaux d'indépendance nationale, de coopération et de détente internationale, d'égalité de tous les peuples et d'entente entre toutes les nations ont trouvé un écho chaleureux. Soyez assurés que le départ volontaire du Général de Gaulle ne modifie pas la ligne politique que la France a suivie dans le domaine international."

Angesichts solcher Aussprüche wird man - immer als vorsichtiger Beobachter - vorderhand nur unter den Titel "betonte Konzilianz" die Bereitschaft Frankreichs subsumieren, an einer Gipfelkonferenz der Regierungschefs der sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften vom 1. und 2. Dezember im Haag die Probleme Europas, ohne Traktandenliste, in einer freundschaftlichen, auf möglichst weitgehende Verständigung gestimmten Atmosphäre zu behandeln. Erst diese Gipfelkonferenz der Sechs wird zeigen, ob und inwieweit Frankreich tatsächlich bereit ist, vor allem in der Frage der Erweiterung der EWG-Gemeinschaft auf einen Kompromiss mit seinen Partnern einzuliegen. Die von der französischen Regierung vorläufig als Richtlinie ihrer EWG-Politik ausgegebenen Stichworte des "achèvement, approfondissement, élargissement" kann man ebensowohl sehr positiv wie sehr negativ auslegen. Gerade dass Frankreich offenbar die Vollendung ("achèvement") des Gemeinsamen Marktes als *conditio sine qua non* für die Inangriffnahme der beiden anderen Operationen darstellt, ist nur

ein neuer Beweis dafür, dass Frankreich zunächst einmal alle Vorteile, die ihm die bestehende Gemeinschaft - gerade im landwirtschaftlichen Bereich - bietet, gegen jede Infragestellung absichern will. Ist dies einmal geschehen - der Augenblick, da dies geschieht, sollte eigentlich mit dem Ende der Uebergangszeit in der Durchführung des Römer Vertrages Ende dieses Jahres zusammenfallen - so scheint nach unseren Informationen Frankreich geneigt, die Vertiefung der Zusammenarbeit in der Gemeinschaft und das Problem ihrer Erweiterung gleichzeitig in Angriff zu nehmen. Mehr kann man ehrlicherweise über die französische Haltung heute nicht sagen.

Eine gewisse Ueberraschung hat die britische Regierung nach der Demission de Gaulles und der Uebernahme der Regierungsverantwortung durch das neue Team in Paris der Welt damit bereitet, dass sie zwar nach wie vor ihren Wunsch und Willen, der Brüsseler Gemeinschaft beizutreten, unterstreicht, aber klar und genau umschreibt, wo für sie die Grenzen der Zusammenarbeit in der Gemeinschaft liegen werden. Dies ist eine der Erscheinungsformen der Tatsache, die ich einleitend erwähnte, dass mit dem Verschwinden des Schattens, den de Gaulle über die europäische Szene geworfen hat, nun die übrigen Akteure gezwungen sind, Farbe zu bekennen. Premierminister Wilson nahm eine erste Gelegenheit - es war eine Parlamentsdebatte vom 22. Mai dieses Jahres - wahr, um auf eine Anzahl Fragen über die Europapolitik der Regierung zu antworten. Befragt, ob sie bereit sein würde, das Vereinigte Königreich in irgendeine Art europäischen Bundesstaates hineinzuführen, antwortete Herr

Wilson - und er hat die gleiche Erklärung seither immer wieder abgewandelt - : "This is not a reality, nor is it what we are asking for". Auf die Bereitschaft der britischen Regierung angesprochen, die britische Atomrüstung in ein gemeinsames europäisches Nuklearrüstungssystem einzubringen, erwiderte Herr Wilson, dass "jeder britische Parlamentsabgeordnete solchen Anregungen immer opponiert hat und immer opponieren wird", und er fügte bei: "Die nukleare Zusammenarbeit ist Aufgabe der NATO". Dies bedeutet, dass Grossbritannien seine Eigenständigkeit keineswegs aufzugeben gesonnen ist. Insbesondere im aussenpolitischen Bereich soll doch wohl zweifellos "Her Majesty's Government", und nicht ein Sprecher der Brüsseler Kommission, weiterhin den britischen Standpunkt zu den grossen politischen Problemen Europas und der Welt vertreten können. Grossbritannien hat mit anderen Worten der EWG gegenüber, im Lichte des britischen Beitrittswunsches betrachtet, eine restriktive Einstellung; es ist im Prinzip bereit, den Römer Vertrag zu unterschreiben - befriedigende Ergebnisse der Beitrittsverhandlungen im einzelnen natürlich vorausgesetzt - und die EWG zu akzeptieren, wie sie ist, d.h. als eine rein wirtschaftliche Vereinigung, ohne politischen oder militärischen Inhalt. Und sogar hierüber besteht Ungewissheit. Es zeigt sich deutlich, was ich bereits weiter oben hervorhob, dass de Gaulles langjährige Obstruktion gegen die britische Mitwirkung in der EWG u.a. die Folge gehabt hat, dass die Gemeinschaft nicht mehr in der Blütenweisse ihrer Jugendjahre vor uns steht, sondern ihre Schwächen und ihren problematischen Charakter in manchen Bereichen deutlich offenbart hat. Dementsprechend sind in Grossbri-

tannien die Zweifel an der Klugheit und Angemessenheit eines britischen Beitritts im Wachsen begriffen, und zwar in beiden grossen Parteien. Es werden sehr nüchterne Rechnungen herungeboten, die zeigen sollen, was den britischen Konsumenten und den britischen Steuerzahler die Uebernahme der Gemeinschaftsverpflichtungen kosten würde. Was sich aus dieser recht zwiespältig gewordenen Stimmung in Grossbritannien in der Frage des EWG-Beitritts schliesslich ergeben könnte, wird sich klar wohl erst dann zeigen, wenn einmal die Beitrittsverhandlungen tatsächlich eingeleitet worden sind. Denn zur möglichst baldigen Aufnahme solcher Verhandlungen ist die britische Regierung nach wie vor entschlossen. Zwei Argumente für den Beitritt bleiben sehr stark: Das eine ist die Ueberlegung, dass auch eine rein wirtschaftliche EWG wegen ihrer Macht und Grösse für Grossbritannien, das sich nach dem Abbau seiner Abhängigkeiten und Stützpunkte überall sonst in der Welt auf Europa zurückgewiesen sieht, insofern interessant ist, als sie das Land mit einem neuen Instrument des wirtschaftlichen, aber auch des politischen Einflusses in Europa ausstatten würde. Das zweite - geheime und nicht offen eingestandene - Argument ist, dass es für jede britische Regierung sehr praktisch wäre, sich angesichts der teilweise archaischen Struktur der britischen Wirtschaft und der überaus peniblen und sterilen Auseinandersetzungen zwischen den Sozialpartnern, die immer wieder das Wirtschaftsleben des Landes lahmzulegen drohen, den Gewerkschaften, den Unternehmern und ihren Vertretern im Parlament gegenüber darauf berufen zu können, dass ihr das Gesetz des

Handelns in gewissen Bereichen entzogen ist, indem nun auch Grossbritannien der Gemeinschaftsdisziplin - oder um es mit einem Schlagwort auszudrücken: "Brüssel" und seinen unzähligen Verfügungen und Reglementen - untersteht.

Was Deutschland betrifft, ist als neuestes Beurteilungselement in den letzten Tagen die Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers Willy Brandt vom 28. Oktober hinzugekommen. Studiert man sie sorgfältig in den uns interessierenden Bereichen, so kommt man zum Schluss, dass sie einerseits eine Fortsetzung von Tendenzen widerspiegelt, die sich bereits in den letzten Monaten der Grossen Koalition manifestiert hatten, während sie andererseits auch eine deutliche Neuorientierung bringt.

Die Neuorientierung hat mit der Entschlossenheit der Regierung Brandt zu tun, das Verhältnis sowohl zum "ändern Deutschland" - d.h. der DDR - aus der "gegenwärtigen Verkrampfung" zu lösen und andererseits in den Beziehungen mit der Sowjetunion und den "Völkern des europäischen Ostens" einer Verständigung näherzukommen. "Es handelt sich um einen langen Prozess; aber es ist an der Zeit, diesen Prozess voranzubringen", sagt die Erklärung wörtlich.

Dies bedeutet zwar keineswegs, dass die neue Regierung das vitale Interesse der Bundesrepublik, die engen Bindungen mit den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten und die Zusammenarbeit in der NATO zu pflegen, verkennt. Wiederum lasse ich die Erklärung selbst sprechen: "Unser nationales Interesse erlaubt es nicht, zwischen dem Westen und dem Osten zu stehen. Unser Land braucht

die Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten". Trotz diesen eindeutigen Versicherungen sind auch hier neue Töne nicht zu überhören. Zweimal tritt das magische Wort "Gleichgewicht" in der Erklärung auf. Die Bundesregierung begreift, so wird hervorgehoben, "ihre Sicherheitspolitik als Politik des Gleichgewichts und der Friedenssicherung", und - weiter unten - "... sie versteht die äussere Sicherheit unseres Staates als eine Funktion des Bündnisses, dem wir angehören, und als dessen Teil wir zum Gleichgewicht der Kräfte zwischen West und Ost beitragen". Auch der defensive Charakter des westlichen Bündnisses wird ausdrücklich hervorgehoben. Am interessantesten aber ist zweifellos in der Erklärung ein ganz kurzer Satz, der - an die gemeinsamen Interessen der Bundesrepublik und der Vereinigten Staaten anknüpfend - folgendes sagt: "Sie (d.h. diese gemeinsamen Interessen) sind tragfähig für eine selbständigere deutsche Politik in einer aktiveren Partnerschaft." Hier kommt in diskreter, aber unverkennbarer Weise das erhöhte Selbstbewusstsein und der nationale Zug der Politik, welche die neue deutsche Regierung sich vorgenommen hat, zum Ausdruck.

In diesem Lichte sind die Ausführungen der Regierungserklärung über die Probleme der europäischen Integration zu lesen. Von der bevorstehenden Gipfelkonferenz im Haag wird ein "mutiger Schritt nach vorn" erwartet, damit die EWG-Gemeinschaft nicht in eine "gefährliche Krise" gerät. Und es wird weiter ausgeführt: "Die Völker Europas warten und drängen darauf, dass die Staatsmänner

der Logik der Geschichte den Willen zum Erfolg an die Seite stellen". Daran schliesst sich ein Bekenntnis zur Unverbrüchlichkeit des "deutsch-französischen Gleichklangs" sowohl als auch zur Erweiterung der EWG um Grossbritannien und die übrigen "beitrittswilligen Länder" wie auch "zur Entwicklung neuer Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit den Staaten Europas, die der Gemeinschaft nicht beitreten können oder wollen".

Soll damit gesagt sein, dass nach deutscher Ansicht der Weg zu grösserer politischer Einigkeit in Westeuropa weiterhin über die EWG führt? Man darf daran zweifeln, wenn man sich an Aeusserungen Brandts wie auch seines Vorgängers Kiesinger erinnert, die in den letzten Monaten - ganz im Gegensatz zur früheren deutschen Politik - immer und immer wieder auf die Wünschbarkeit einer Trennung der wirtschaftlichen und der politischen Ziele hingewiesen hatten. Auch in der Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers kommt dies zwar nicht in dieser Formulierung, aber dennoch deutlich zum Vorschein, wenn gesagt wird: "Die Bundesregierung wird die Entwicklung einer engeren politischen Zusammenarbeit in Europa mit dem Ziel fördern, eine gemeinsame Haltung dieser Staaten in welt-politischen Fragen Schritt um Schritt aufzubauen". In früheren Erklärungen hatte Herr Brandt die Westeuropäische Union - die um den Beitritt weiterer Staaten vermehrt werden könnte - als das geeignete Gremium für die Verfolgung solcher Ziele empfohlen. Dies bedeutet zugleich, dass es sich nach Ansicht der deutschen Regierung auf politischem Gebiet um nicht mehr handeln kann als die

Zusammenarbeit souveräner Regierungen, die möglichst weitgehende Koordination ihrer Aussenpolitik und um eine ständige Konsultation in internationalen Fragen. Entscheidend aber ist - und dies ist der eigentliche Kernpunkt - dass die Bundesrepublik Deutschland nach dem Konzept Brandts nicht eine Auflockerung der "innerdeutschen Beziehungen" und ein besseres Einvernehmen mit der Sowjetunion und den übrigen osteuropäischen Staaten suchen, gleichzeitig damit aber entschlossen sein kann, mit neuem Schwung gemäss dem ursprünglichen Konzept der Gründerväter der EWG die Brüsseler Gemeinschaft zu einem straff organisierten, mit Amerika eng verbundenen europäischen Bundesstaat - einer Frontorganisation zur Bekämpfung des Kommunismus in Europa und in der Welt, wie die Russen ein solches Gebilde auffassen würden - aufzubauen. Es ist mit Händen zu greifen, dass das eine das andere ausschliesst.

Als deutlicher Gegenpol zu der Einstellung der drei erwähnten europäischen Grossstaaten wirkt der Bericht der Europäischen Kommission vom 1. Oktober 1969, den sie im Auftrag des Ministerrats nicht zuletzt im Hinblick auf die bevorstehenden Gipfelgespräche über die Zukunft Europas ausgearbeitet hat. Der Bericht bietet eine sehr spannende Lektüre, und jeder Satz ist so gefasst, dass über den Standpunkt der Kommission kein Zweifel bleiben kann. Das Dokument stellt eine eindruckliche Bekräftigung der Grundsätze dar, nach denen die Arbeit der Europäischen Gemeinschaften gemäss dem Willen ihrer geistigen Väter ausgerichtet worden ist. Die Kommission ist sich auch deutlich der Tatsache bewusst, wie gefährlich

das Zwischenstadium ist, in dem sich, wie ich weiter oben ausführte, die Brüsseler Gemeinschaft gegenwärtig befindet. Sie benützt die Gelegenheit, um entschieden den Weg nach vorwärts zu weisen und damit gleichzeitig den Beitrittskandidaten klarzumachen, worauf sie sich werden festzulegen haben, wenn sie der Gemeinschaft beitreten wollen. So verlangt die Kommission die Volkswahl des Europäischen Parlaments und die Erweiterung seiner Kompetenzen, die Aufhebung des Luxemburger Kompromisses über die faktische Beibehaltung der Einstimmigkeitsregel, die vermehrte Anerkennung der Regierungsfunktionen der Kommission. Mit nicht zu überbietender Deutlichkeit wird gelassen erklärt: "La Communauté est devenue un grand ensemble qui doit être gouverné et administré comme doit l'être un territoire national". Die Kommission ist sich auch klar darüber, dass sich die blossе Wirtschaftsintegration als prekäres Instrument der politischen Einigung erwiesen hat. Sie macht deshalb darauf aufmerksam, dass Kohäsien und Dynamik der Gemeinschaft abhängig seien "de la convergence des politiques nationales des états membres, en particulier, mais pas exclusivement, des politiques étrangères et de défense". Und etwas weiter unten: "Il est nécessaire que les Etats candidats soient pleinement conscients qu'ils n'adhèrent pas seulement à une entreprise économique et sociale, mais qu'ils doivent participer pleinement à la création d'un continent économiquement et politiquement uni". Die Grundsätze der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik werden bekräftigt und die Neugestaltung der Agrarpolitik gemäss dem Mansholt-Plan - der eine radikale Strukturverbesserung mit der Schaffung von nur noch Mittel- und Grossbetrieben bringen soll -

als vordringlich bezeichnet. Begreiflicherweise erhält auch die Notwendigkeit der Schaffung eines gemeinsamen EWG-Währungssystems hohe Priorität.

Es handelt sich in allen diesen Ausführungen, auf eine kurze Formel gebracht, um die entschiedene Unterstreichung der sogenannten "finalités politiques" der Gemeinschaft, die jeder europäische Staat anzunehmen hat, der Mitglied ist oder werden will. Dementsprechend ist auch der Abschnitt gestaltet, der von der Erweiterung der Gemeinschaft im besonderen handelt. Es wird dort zwar grundsätzlich anerkannt, dass die Gemeinschaft nach den Erklärungen der meisten EWG-Aussenseiter, insbesondere der EFTA-Mitglieder, vor dem Problem "der wirtschaftlichen Organisation eines grossen Teils Europas" steht und dass es gelten werde, die Fragen zu prüfen, die sich "insbesondere auf Grund der Tatsache stellen, dass die meisten dieser Länder mit den Beitrittsbewerbern im Rahmen der EFTA eine grosse Präferenzzone bilden". Man kann daraus schliessen, dass die Kommission jedenfalls nicht empfehlen würde, die innerhalb der EFTA erreichte Zollfreiheit - je nach Beitritt oder Nichtbeitritt einzelner EFTA-Mitglieder zur EWG - wieder rückgängig zu machen. Abgesehen davon aber stellt die Kommission für wirtschaftlich vollentwickelte und demokratisch organisierte Länder den Beitritt als die gegebene Regelung der Beziehungen dar. Für Schweden wird sogar ausdrücklich gesagt, dass mit diesem Lande Verhandlungen begonnen, der Beitritt aber nur dann ins Auge gefasst werden sollte, in dem Masse wie Schweden sich bereit zeigen würde, die politischen Zielsetzungen

der Gemeinschaft ohne Einschränkung anzunehmen. Von der Formel der blossen Assoziation für entwickelte Länder rückt die Kommission ab; diese Formel sollte im Prinzip nur für Länder in Erwägung gezogen werden, denen ihre internationale Lage den Beitritt verbietet. Nach mündlichen Auskünften aus Brüssel haben die Autoren des Berichtes hierbei an Oesterreich und Finnland gedacht. Blosser Präferenzabkommen werden für die mediterranen Entwicklungsländer Europas empfohlen, Abkommen, die ihren besonderen Bedürfnissen anzupassen wären.

Und nun der Abschnitt über die Schweiz. Er lautet wörtlich folgendermassen: "La perspective de l'élargissement de la Communauté avait conduit la Suisse à déposer en 1961 une demande d'ouverture de négociations. Le gouvernement helvétique a fait savoir à diverses reprises et récemment encore qu'il considère sa demande de 1961 comme maintenue". Wir betrachten diese Formulierung als relativ befriedigend; sie ist jedenfalls weit besser ausgefallen als die im Bericht der Kommission von 1967 enthaltene lakonische Bemerkung: "De même, le gouvernement helvétique a fait connaître qu'il considérerait sa demande de décembre 1961 comme 'maintenue pendante' ". Die Kommission hat mit anderen Worten anerkannt, dass wir vor allem darauf bedacht sind, auf dem Verhandlungswege die ganze Problematik Schweiz/EWG abzuklären und erst auf Grund einer solchen gründlichen Prüfung der beiderseitigen Lage - zu der die Prinzipien sowohl als die konkreten Sachfragen gehören - beurteilt werden kann, in welcher Form ein Nahverhältnis unseres Landes zu der erweiterten Gemein-

schaft hergestellt werden kann. Von der schweizerischen Neutralität ist interessanterweise nicht die Rede; doch dürfte sich die Kommission darüber im klaren sein, dass ihr Abbau für uns nicht diskutabel ist.

Es ist offenkundig, dass diese sehr bemerkenswerten Ausführungen für uns eine Reihe praktischer und taktischer Probleme aufwerfen. Ich erwähne nur die Frage der Zusammenarbeit mit den beiden übrigen Neutralen, die von der Kommission in zwei von uns getrennte Kategorien eingereiht worden sind; ferner die Frage der Staffelung der Verhandlungen, wo die Kommission zwar den sogenannten Beitrittskandidaten eine deutliche Vorzugsstellung einräumt, aber die Meinung äussert, dass, wenn einmal die hauptsächlichen Modalitäten des Beitritts der Neumitglieder festgelegt sind, die Gemeinschaft mit den übrigen europäischen Ländern das Gespräch aufnehmen sollte.

Bei der Bewertung des Berichtes ist zu berücksichtigen, dass die Kommission damit ohne Zweifel eine Verhandlungsposition bezogen hat. Sie soll ja an der Gipfelkonferenz vom 1./2. Dezember insoweit ebenfalls mitwirken können, als Probleme, für die sie mit zuständig ist, zur Diskussion stehen. Vielleicht wird diese erste Gipfelkonferenz noch nicht die "Stunde der Wahrheit" bringen. Aber es sollten sich doch erste Anzeichen dafür ergeben, welches das Kräfteverhältnis ist zwischen den Vertretern der nationalen Unabhängigkeit, der autonomen Aussenpolitik und Verteidigungspolitik und der blossen wirtschaftlichen Kooperation - nicht der Integration - im Rahmen der Brüsseler Gemeinschaft auf der einen Seite und andererseits den ortho-

doxen Anhängern der Weiterentwicklung der Gemeinschaft durch das Mittel des Ausbaus der supranationalen Institutionen, der Verstärkung ihrer Kompetenzen und der Vergemeinschaftung der Politiken auf immer weiteren Gebieten, wie vor allem denjenigen der Währungspolitik, der Finanzpolitik und der allgemeinen Wirtschaftspolitik.

Damit nähere ich mich dem Ende meiner Ausführungen, die, obwohl sie etwas lang geraten sind, das Thema in keiner Weise ausschöpfen. Zum Schluss möchte ich meine persönliche Ueberzeugung aussprechen, dass in den kommenden Auseinandersetzungen, die sich um die politische sowohl als die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa bewegen werden, die Wirtschaftsfragen nicht die dringlichsten sind. Es mag Sie überraschen, dies von einem Manne zu hören, dessen Haupttätigkeitsgebiet die Handelspolitik ist. Doch bereitet mir als einem aufmerksamen Beobachter der Entwicklungen der grossen Politik, wie ich Ihnen freimütig gestehe, nun schon seit vielen Jahren die Tatsache einige Sorge, dass versucht worden ist, ausgerechnet auf dem Wege über die Wirtschaft die schlummernden politischen Energien, mehr als dies: die Gesamtheit der Talente und Hilfskräfte, über die unser alter Kontinent auf allen Lebensgebieten verfügt, zu wecken, neu zu beleben und damit Europa seine einstige Grösse zurückzugeben. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Wirtschaft hierfür ein ungeeignetes Mittel ist. Sie hat ihre Eigengesetzlichkeit und lässt sich nicht in das Prokrustesbett politischer Idealvorstellungen oder technokratischer Zukunftsvisionen einspannen. Sehr viel Zeit und viele der besten Energien,

die zur Verfügung standen und stehen, sind auf diesen Versuch verwendet worden. Dies hat aber nicht dazu geführt, dass z.B. Amerika Europa heute ernster nimmt, mehr mit den europäischen Reaktionen rechnet, Europa intensiver und konsequenter in den engsten Rat der weltpolitischen Willensbildung einbezieht, als dies vor zehn oder fünfzehn Jahren der Fall war. Nicht zuletzt darum halte ich die politischen Probleme Europas heute für die wichtigsten; die Wirtschaft erfreut sich im übrigen ohnehin einer Situation, in der das Ueberschäumen der Konjunktur ihre Hauptsorge bildet. In Europa aber wieder ein politisches System herzustellen, das den ganz Grossen dieser Welt Achtung abnötigt und sie dazu zwingt, auf Europa wieder zu hören, mit Europa wieder zu rechnen: dies ist meines Erachtens die dringende und unausweichliche Frage.

Als Richard Nixon kürzlich vor den Vereinigten Nationen auftrat, um die traditionelle Rede des amerikanischen Präsidenten zu halten, hat er Europa mit Stillschweigen übergangen, und kein einzelner europäischer Staat wurde sei es auch nur mit Namen genannt. Dieser selbe Präsident Nixon hatte zu Beginn seiner Amtszeit seine erste Auslandsreise nach Europa gemacht und überall erklärt, dass es sein Bestreben sein werde, in engem Kontakt mit den europäischen Freunden der Vereinigten Staaten zu bleiben und sie über alle wichtigen Entwicklungen in der Weltlage zu konsultieren. Empfindet er dieses Bedürfnis auch heute noch? Man kann füglich daran zweifeln, und es ist gewiss nicht die Schuld der Amerikaner, dass Europa politisch gesehen in das zurückgesunken ist, was man drüben gerne

"parochialism" - "Kirchturmspolitik" - nennt. Aus dieser dörflichen Atmosphäre herauszukommen und durch das Mittel wahrer Staatskunst die Energien Europas wieder zu der ihnen gebührenden Geltung zu bringen: dies ist gewiss ein Ziel, dem auch ein Land wie die Schweiz zustimmen und zu dem sie die besonderen Wirkungsmöglichkeiten des immerwährend neutralen Staates beitragen kann.

Diese "Europe européenne" hat de Gaulle, um ein letztes Mal von ihm zu sprechen, auf seine Art ebenfalls angestrebt; aber er hat dazu gewiss nicht die Mittel verwendet, die in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts als geeignet erscheinen, um die Mehrheit der Regierungen und der Völker hinter einer solchen und grossen Sache zu sammeln. Hoffen wir, dass sein Versuch nicht der letzte war.